

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 30. September 1905.

№ 114.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Oktober 1905 treten die auf Grund der Dreßdener Generalversammlung gefaßten Vorstandsbeschlüsse sowie das abgeänderte Statut in Kraft. Als wichtigste Änderungen möchten wir hier hervorheben:

Zum Statut

Ist nur ein Zusatz zu § 10 beigeschlossen worden. Derselbe hat folgenden Wortlaut: „Für die Zeit einer Inhaftierung wird keine der aufgeführten Unterstützungen gezahlt. Die Weiterzahlung derselben kann erst dann wieder beginnen, wenn das Mitglied aus der Haft entlassen und sich erwiesen, daß das betreffende Vergehen nicht unter die Bestimmung des § 5 c fällt“.

Zu den Vorstandsbeschlüssen:

a) Reiseunterstützung.

Dem Absätze 6 des § 1 ist angehängt, daß die erhöhte Unterstützung von 1,25 Mk. pro Tag den Mitgliedern der gegenseitigen Vereine erst dann zu gewähren ist, wenn von den insgesamt geforderten 75 Wochenbeiträgen in Kondition mindestens 26 Wochenbeiträge in Deutschland gezahlt sind. Auf die Mitglieder des Esch-Bohringischen Verbandes findet diese Bestimmung keine Anwendung.

b) Ortsunterstützung.

In dem Absätze 2 des § 1 ist zwischen der Bezugsdauer von 20 und 40 Wochen eine neue Stufe eingeschaltet, so daß ein Mitglied nach 500 Wochenbeiträgen die Ortsunterstützung bis zur Dauer von 30 Wochen (210 Tage) beziehen kann.

§ 2 Absatz 1 ist der letzte Satz: „Nach Ablauf dieser Zeit“ usw., gestrichen und dafür gesetzt: „Die bezogenen Tage werden bei der Dauer der Bezugsberechtigung am Orte in Anrechnung gebracht und tritt alsdann für die Mitglieder, welche zu mehr als 10 Wochen (70 Tage) Ortsunterstützung berechtigt sind, für die übrige Dauer der Bezugsberechtigung die gewöhnliche Orts- resp. Reiseunterstützung ein“.

§ 9 fällt in der alten Fassung fort. Derselbe lautet jetzt: „§ 9. Bei grober Selbstverschuldung der Arbeitslosigkeit, erwiesener Nichtbefolgung der durch diese Beschlüsse gemachten Vorschriften und auferlegten Pflichten wird die

Unterstützung je nach den Umständen bis zur Dauer von vier Wochen entzogen; bei besonders trassen Fällen jedoch, und wenn noch Beiträge bei eintretender Konditionslosigkeit im Rückstande geblieben sind, ist die Unterstützung für die ganze Dauer der jeweiligen Arbeitslosigkeit zu entziehen“.

c) Umzugskosten.

Abatz 4 hat folgende Fassung erhalten: „An Unterstützungen werden gewährt bei Umzügen von einem Arbeitsorte zum andern und einer Entfernung von mindestens 15 Kilometern 20 Mk., für jeden weiteren Kilometer bei bis zu 200 Wochenbeiträgen 10 Pf. mehr; bei je 50 über 200 geleisteten Wochenbeiträgen für jeden weiteren Kilometer 1 Pf. mehr, bei über 300 geleisteten Wochenbeiträgen außerdem für die zur Zahlung des Jahresbeitrages verpflichteten Familienmitglieder pro Person und Kilometer 1 Pf., jedoch darf der Gesamtbetrag 100 Mk. nicht übersteigen“.

d) Krankenunterstützung.

§ 11 ist wie folgt umgeändert: „§ 11. Im Sterbefalle kann ein Begräbnisgeld in nachstehender Höhe gewährt werden:

bei 13 bis 50 geleisteten Wochenbeiträgen	50 Mk.
„ 51 „ 250 „	100 „
„ 251 „ 500 „	150 „
„ 501 „ 750 „	200 „
„ 751 „ 1000 „	250 „
„ 1001 „ 1250 „	300 „
„ 1251 „ und mehr „	350 „

Das Begräbnisgeld wird in der Regel nur an die direkten und sich als solche ausweisenden Leibeserben gezahlt; in besonderen Fällen auch an Eltern, Geschwister und Pfleger, sofern dieselben nachweisbar sich um die Pflege und den Unterhalt des Verstorbenen verdient gemacht haben. Die Entscheidung hierüber steht dem zuständigen Geworvorstande und in Streitfällen endgültig dem Vorstandsvorstande zu.

e) Invalidenunterstützung.

§ 1 Absatz 1 mit den Unterabteilungen 1, 2 und 3 ist in seiner jetzigen Fassung gestrichen und dafür gesetzt: § 1. Vorgenannte Unterstützung kann gewährt werden: 1. Wenn der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach

beendeter Lehrzeit erfolgt nach Leistung von 250 Beiträgen;

- wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt, nach Leistung von 475 Beiträgen;
- wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt, nach Leistung von 700 Beiträgen.

Dem § 2 Absatz 1 ist am Schlusse angehängt: „und unterliegen während der Dauer des Bezuges dieser Unterstützung den Kontrollvorschriften für Kranke bis zu ihrer Genesung resp. bis zu ihrer durch ärztliches Attest zu beglaubigenden dauernden Erwerbsunfähigkeit“.

Bei § 5 ist ein neuer Absatz eingeschaltet. Derselbe lautet: „In der Krankenunterstützung ausgestellte, zur Invalidenunterstützung aber noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder haben sich mindestens halbjährlich einmal bei der betreffenden Orts- bzw. Bezirksverwaltung zu melden“.

§ 7 ist wie folgt umgeändert: „§ 7. Sobald ein Invalide aus anderweiter Beschäftigung einschließlich der staatlichen Rente ein nachweisbares Einkommen in Höhe von zwei Dritteln des tariflichen Minimums seines letzten Konditionsortes erzielt, so verringert sich die Invalidenunterstützung um die Hälfte; erreicht das Einkommen die Höhe des vollen Minimums, so fällt die Unterstützung ganz fort.“

Invaliden, welche wieder arbeitsfähig und als zahlende Mitglieder anerkannt werden, haben erst wieder sechs Wochenbeiträge zu entrichten, um Ortsunterstützung, und 26 Wochenbeiträge, um Krankenunterstützung beziehen zu können.

Berlin, 16. September 1905.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einigung der Statistikkarten über die Arbeitslosigkeit im dritten Quartale 1905: 8. Oktober, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. — Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, ist trotzdem die Mitgliederzahl anzugeben, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin.

Der Vorstandsvorstand.

Achtung! Bestellungen auf das IV. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen.

Maifeier und Generalstreik.

Ein kritisches Nachwort zum Jenaer Parteitag.

I.

„Eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen, habe ich doch noch nicht gehört.“ Damit hat der ewig-junge Feuerkopf Bebel die Debatte ganz richtig gekennzeichnet, welche die beiden großen Fragen Maifeier und Generalstreik mit sich brachten. Bebel glaubte sogar nach seinen Stiefelspitzen blicken zu müssen, ob er nicht etwa schon im Blute wate. Vielleicht sah er etwas erhöht, so daß die Flut ihn nicht erreichte, aber das Parterre schwamm in Blut. Die Fronte Bebels war aber höchst unangebracht, denn man braucht bloß seine Rede aufmerksam zu lesen, um sich die Ursache für diese Zustimmung vergegenwärtigen zu können. Es mochte dem großen Arbeiterführer wohl nachher grausen vor den Geistern, die er gerufen, aber es wandelt eben niemand ungestraft unter den Palmen der Frau Rosa Luxemburg!! —

So wäre denn die im verwegenen Sinne des Wortes „rote Woche“ von Jena vorüber, und mit uns wird sich wohl mancher Gewerkschaftler an den Kopf greifen, wie es möglich war, daß der Parteitag eine, gelinde gesagt, so eigenartige Stellungnahme gegenüber den deutschen Gewerkschaften und ihren Aufgaben bekunden konnte. Lange werden die Tage von Jena nachhallen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, und dort, wo noch ein Gewerkschaftsführer den Mut findet, seinen gewerkschaftlichen Erfahrungen unerschrocken Ausdruck zu geben, wird er den Nebenrednern Fischer und Bebel ein starres Non possumus entgegensetzen. Wir werden zu unserm Teile in dieser Artikelserie den Nachweis dafür führen, und wollen unsere Leser dann erst mit ihrem eventuell gegenteiligen Urteile hervortreten, wenn sie die letzte Zeile unseres Nachwortes gelesen haben. Ausdrücklich wollen wir aber noch bemerken, daß es lediglich der Standpunkt der Redaktion ist, der in dieser Angelegenheit vertreten wird.

Daß es nun in Jena so gekommen ist, wie geschehen, daran tragen die Gewerkschaften resp. ihre Führer selbst die Schuld. Nichts rächt sich im Leben so sehr als Halbheiten. Man hat beispielsweise in der Führung der deutschen Gewerk-

schaften überzeugend eingesehen, daß die bisherige Form der Maifeier ohne schwere Schädigungen für die Gewerkschaften nicht aufrecht erhalten werden könne, und Robert Schmidt hat dies in Köln auch beweiskräftig dargelegt. Statt aber eine gewonnene Überzeugung unter allen Umständen zu verteidigen, ließ man sich durch die drohende Resolution Glocke umstimmen und zog die doch gewiß überlegte Resolution zurück, nur um einer Differenz mit dem Radikalismus aus dem Wege zu gehen, ohne zu überdenken, daß solche Differenzen immer wiederkommen müssen, weil sie aus der Entwicklung der Dinge erwachsen. Dem Ganzen wurde aber die Krone aufgesetzt, daß man durch Robert Schmidt auf dem Parteitag die Zustimmung der Generalkommission zur Resolution Fischer erklären ließ, welche Zustimmung zum mindesten in dem Augenblicke gegenstandslos war, nachdem man die Begründung Fischers zu seiner Resolution gehört hatte. Das Zurückweichen in Köln bildete nur den Anreiz, in Jena mit den Gewerkschaften zu verfahren wie geschehen. Und zu retten gab es in Jena infolgedessen nichts mehr.

Und es war gut „vorgearbeitet“ worden für Jena. Was in vielen Parteizeitungen — es gab aber auch sehr rühmliche Ausnahmen — an Herab-

würdigung des Kölner Kongresses geleistet worden war, überstieg alles bisher erlebte Maß. Diese Kritik ging gerade von jener theoretisch-revolutionären Seite aus, welche in Jena mit einem vollen Erfolge abgeschlossen hat. Der „Beamtenkongress“, der „hochgradige Krämerjinn, der jede Aktion verabscheut, die sich nicht sofort in klingende Münze umsetzt“, die in Köln hervorgetretene „Gewerkschafts-Verfälschung“, die „Gewerkschaftsbureauftratie“, die „Bourgeoisheit der Gewerkschaftsführer“, der „Großmachtsdusel“, die „Demagogie“, die „Proletarier in gehobener Lebenslage“ usw. — alles dies ging auf Kosten jener Kölner Vertreter, die in hoher Verantwortung über die Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterklasse beratend und beschließend zusammengetreten waren. Die glatte Ablehnung des Generalkreises — dieses Widerfusses jeder gewerkschaftlichen Arbeit — brachte bei unseren Revolutionären das Maß zum Überlaufen und schwere publizistische Drohungen wurden gegen die Gewerkschaftsführer erhoben und ihnen das junkerliche Jena in Aussicht gestellt. Man scheute sich nicht, an die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu appellieren, sie aufzobernd, gegen ihre Führer Stellung zu nehmen; man predigte den offenen Disziplinbruch gegenüber den Kölner Beschlüssen und denen der eignen Organisation — kurzum, der Kölner Kongress wurde nach allen Regeln der Kunst zur Strecke gebracht. „Verdammt noch mal, ist das eure Meinungs-freiheit?“, sagte Bebel 1903 in Dresden. —

Man besettigt aber durch eine noch so radikale Beschlußfassung, durch einen wer weiß wie sehr übertriebenen Revolutionarismus der Theorie nicht die realen Tatsachen des Lebens. Sie sind so hartnäckiger Natur, von so zwingendem Einflusse, von solch praktischer Anforderung, daß weder ein noch so heißes Herz sie überwältigen, noch der sie auf die Dauer ignorieren kann, der selbst ein Königreich in seiner Faust hält. Die „starken Männer“ der preussischen Regierung haben das erkennen müssen und in einem andern Sinne werden diese Erfahrungen auch die starken Männer von Jena noch machen. Es ist nicht das erste Mal, daß man auf Parteitag den Gewerkschaften eine Behandlung zu teil werden ließ, wie es diesmal in der Maisieierfrage geschah. Sprach man doch 1893 in Köln den Gewerkschaften geradezu die Lebensfähigkeit ab, um in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraume von zwölf Jahren derartige Theorien geradezu vernichtend widerlegt zu sehen. Im Jahre 1893 waren 223 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und in sämtlichen Gewerkschaften befanden sich 800 000 Mt. Das Jahr 1905 sah 1 300 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auf dem Kölner Kongresse vertreten. Der Klassenbestand wies ein Mehr von etwa 19 Millionen Mark auf. Eine Million Mitglieder und neunzehn Millionen Mark mehr, das war die praktische Antwort in Köln 1905 auf das theoretische Urteil in Köln 1893! Die ganzen Jahre hindurch hat es in den Kreisen unserer Verelendungs- und Katastrophentheoretiker nie an geringschätzenden Urteilen über den Wert der Gewerkschaftsarbeit gefehlt, sofern diese auf Grund ihrer Lebensbedürfnisse die Mittel zum Vorwärtskommen wälzte — wir erinnern nur an das Urteil über die Tarifgemeinschaften —, und dabei ist meist mehr als wünschenswert der Parteigenosse in den Gewerkschaften zur Geltung gekommen; sind doch heute noch fast alle Gewerkschaftsführer zugleich lebhaft tätige Parteigenossen. Und trotzdem die Stellungnahme in Köln und trotzdem die daraus entspringenden Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft, von denen nach Jena die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt, daß in dieser Beziehung die „Zukunft uns Prinzipienkämpfe nicht ersparen wird“. So wenig sich die „Sächsische Arbeiterzeitung“ darüber täuscht, so wenig täuscht man sich darüber in Gewerkschaftskreisen, und die anscheinende Uebereinstimmung in Jena kann daran nichts ändern. Weder die Stellungnahme des Kölner Kongresses zur Mai-

feier noch die zum Generalkreis rechtfertigte auch nur im entferntesten die leidenschaftliche Debatte, mit der diese beiden Punkte verabschiedet wurden. Gewiß, persönlich wurde die Debatte im allgemeinen nicht geführt, vielleicht deshalb nicht, weil für die Partei zu viel auf dem Spiele stand; und weil man sich bewußt war, daß jede energische Handlung der Gewerkschaften von unberechenbarem Einflusse, von ungeheurer Tragweite auf die Partei sein müßte. Man hat in Parteikreisen vielleicht die Bedeutung der Gewerkschaften (diese „Nährer und Blutbildner des kämpfenden Sozialismus“) in der Arbeiterbewegung richtiger eingeschätzt, als dies in den zunächst interessierten Kreisen selbst der Fall ist. Welche Stellung heute und in Zukunft die Partei auch der Gewerkschaftsbewegung gegenüber einnehmen mag, immer wird diese Stellung davon abhängig sein, wie v. Elm auf dem Münchener Parteitage sagte, daß der „Schwerpunkt unserer Macht... in den gewerkschaftlichen Organisationen liegt“. Denn, sagt Professor Herzner, „alle vorurteillosen Beobachter stimmen darin überein, daß für die Erziehung der Arbeiter zu selbständigen Männern und freien, gleichwertigen Bürgern nichts so viel geleistet hat als die Gewerkschaftsbewegung“. Sie ist und bleibt stärker und einflußreicher als alle Propaganda der Kantistik, Mehring, Luxemburg, Zetkin, Stadtfragen, Liebknecht, Zubeil usw. für die sozialrevolutionäre Theorie. Ein Zurückdrauben der Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Reserve von Fischer und Bebel ist nicht mehr möglich: so wenig der erwachsene Mensch sich in sein Kindesalter und seine Kindergewohnheiten zurückentwickeln kann, so wenig können wir die Gewerkschaften in Theorie und Praxis auf ihre Anfänge zurückdrängen, auf die leeren Deklamationen der Gewerkschaftsspielerei in den 70er und 80er Jahren, auf den reaktionären Standpunkt, wie ihn z. B. heute der Radikalismus der organisierten Fleischer und Barbieren bekundet. Je schärfer in Jena die Einseitlichkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften betont wurde, desto entschiedener müssen in der Praxis die Gewerkschaften die volle Selbständigkeit für ihr Tun und Lassen, die totale Unabhängigkeit von jeder Partei beanspruchen, wenn sie nicht in Theorien erstickt und zu ihrer inneren Auflösung, zur Lahmlegung in ihrer Arbeit gebracht werden wollen. So gut es Männer wie Bebel in Jena auch mit der Arbeiterbewegung gemeint haben mögen, der von ihnen eingeschlagene und empfohlene Weg wird von den Gewerkschaften um ihrer Selbsterhaltung willen nicht begangen werden können. Auch im Interesse der Arbeiterbewegung selbst nicht.

Nun unterliegt es nach der mehr als offenen Aussprache in Jena nicht dem geringsten Zweifel, daß man mit der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften ein für allemal aufräumen, daß man Vorgänge wie in Köln von vornherein unmöglich machen will. Es soll diktatorisch von einer bestimmten Partei — wie nah oder wie fern der einzelne ihr auch steht, kann hierbei nicht in Betracht kommen — der von Bömelburg 1902 in Stuttgart getane Ausspruch bindend für die Gewerkschaften gemacht werden: „Man hat es gewissermaßen als selbstverständlich betrachtet, daß die Beschlüsse der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie über diesen Punkt (Maisieier. Reb.) für alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter maßgebend sind.“ Das Referat von Richard Fischer war auf diesem Gedanken aufgebaut. Das was in Köln von allgemein bekannten Sozialdemokraten als bringend notwendig für die Gewerkschaften erkannt worden ist, in diesem Falle eine Abänderung der Maisieier, bezeichnet Fischer als „Symptome einer Krankheit, die vorläufig im Körper der deutschen Arbeiterbewegung erst latent vorhanden“ sei, und die „kuriert“ werden müsse, „eße alle übrigen Erscheinungen auf der Oberfläche des Körpers aufgetreten sind.“ Na, die „Kuren“ unser ehemaligen Kollegen Richard Fischer kennen wir Buchdrucker

zur Genüge! Er sieht einen in Köln hervorgetretenen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften, sieht ferner in Köln Auffassungen und Meinungen vorbringen, „die in einem gewissen Widerspruch zu den Auffassungen der Parteigenossen über die Art und Weise stehen, wie die Partei die Sache geregelt hat“. Es wird der Partei niemand das Recht bestreiten, irgend eine beliebige Stellung in der Maisieierfrage einzunehmen, anderseits muß dieses Recht aber auch den Gewerkschaften zustehen. Und zwar um so mehr, als persönlich und materiell die ganzen Konsequenzen auf den Gewerkschaften ruhen. Fischer will aber schon „kurieren“, weil die Gewerkschaften nicht bedingungslos sich damit einverstanden erklären können, „wie die Partei die Sache geregelt hat“. Die beabsichtigte „Kur“ Fischers erinnert an das Jahr 1896. Zudem er nämlich auf die Kritik des Kongresses in verschiedenen Mitglieder-versammlungen einzelner Organisationen verweist, sagt er: „Aufgabe der Partei muß es sein, die Gewerkschafts-genossen, die bereits gegen diese Auffassung in den eignen Reihen Protest erhoben haben, von unsrer Seite zu unterstützen.“ Der Gewerkschaftsführer der „Vorwärts“-Druckerei scheint demnach nicht zu wissen, daß einzelne Gewerkschaftsmitglieder, und sei ihre Zahl auch noch so groß, sich legal gefaßten Beschlüssen zu fügen haben, und daß die den frontierenden Mitgliedern von Fischer in Aussicht gestellte Parteiunterstützung nur mit der Auf-forderung zum Disziplinbruche identisch sein kann. Diese Ausführungen Fischers sind eine unverbüllte Drohung gegen die betr. Gewerkschaftsführer, daß man ihnen die Massen auf den Hals hegen und sie mit dem Terror zwingen will, einer „bessern“ Erkenntnis über den Wert der Maisieier Raum zu geben. Es ist das alte Mittel des Revolutionarstrubals von 1793, durch die Straße ihrem Willen Nachdruck zu verleihen, bis schließlich die Welle die „Gironde“, den „Berg“ und den „Unbestechlichen“ selbst verschlingt. Die Drohung Fischers bedeutet eine Obergewalt der Partei über die Gewerkschaften, welche sich stark genug fühlt, ihr unangenehme Gewerkschaftsführer beseitigen zu können. Wenn nun die Gewerkschaften es als ihre „Aufgabe“ betrachten und den Spieß herumdrehen und beispielsweise die Anarchosozialisten gegen die Partei unterstützen würden? Diese Leute protestieren doch auch bloß „gegen die Auffassung in den eignen Reihen.“ Wie würde Fischer das bezeichnen?

Jede klare Stellung, die der einzelne einnimmt, ist erfreulich. Es gehört mit zu den Verdiensten Fischers, über seine Stellung zu den Gewerkschaften niemals einen Zweifel gelassen zu haben. Wäre es im Leben immer so, daß jeder auch den Mut hat, das zu sagen, was er denkt, wären wir in der Arbeiterbewegung längst über solche Differenzen hinweggekommen — so oder so. Dann wären auch alle die Schantelpolitiker, die Halbheiten nicht möglich, an denen die Gewerkschaftsbewegung krankt. Fischer hat bloß den einen Fehler, daß er Diplomat zu sein glaubt. Das ist er so wenig wie der Schreiber dieser Zeilen zum Beispiel. Aber wir sehen es wenigstens ein. So „diplomatisch“ Fischer auch an einigen besonders empfindlichen Stellen der Streiffrage herumtafelt, den Pferdefuß kann er nicht verhüllen. Noch in keinem Referate haben wir so viele „wenn“ und „aber“ gelesen, als in dem Maisieierreferate Fischers. Was sind in demselben die Buchdrucker für „großartige“ Kerle — aber, aber!! Darauf kommen wir weiter unten noch zurück. Fischer hat nun als Diplomat versucht, einen von ihm 1902 getanen Ausspruch, den der Zimmerer Bringmann, der übrigens einen Teil der Kosten des Referates zu tragen hatte, in einer Broschüre zitierte, zu interpretieren. Fischer hatte gesagt: „Zu einer Kraftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir die Maisieier nicht werden lassen.“ Fischer will damit „doch nur den allgemein in der Partei gültigen Standpunkt vertreten“ haben: „In der Zeit der wirtschaftlichen Depression wäre es ein Wahnsinn von uns als Partei, das zu

un, was die Gegner von uns verlangen, nämlich die Arbeitsruhe zu proklamieren.“ Schön, gewiß wäre das Wahnsinn. Aber nicht nur im Jahre 1902, sondern auch im Jahre 1905. Und als Wahnsinn hat dies Liebknecht schon 1893 bezeichnet und sinngemäß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1890. Ist die Arbeiterschaft seit 1902 um so viel wirtschaftlich mächtiger und das Wirtschaftsgebiet um so viel günstiger für die Arbeiterschaft geworden, daß wir jetzt den Gegnern mit der Proklamierung der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht mehr entgegenkommen? Wenn die „Proklamierung der Arbeitsruhe“ logischerweise nur in Jahren mit wirtschaftlich günstigen Konjunkturen erfolgen soll, woher weiß Fischer, daß wir 1906 solche günstige Verhältnisse haben werden? Und wenn es lediglich eine Frage der Taktik und Praxis ist, warum machte Fischer auf dem Parteitage in Jena aus der Maifeier eine so große Prinzipienfrage? Warum rollt er hierbei das Thema Partei und Gewerkschaften auf, warum bringt er mit der Maifeier „den großen Kampf um politische Ziele“ in Verbindung, warum „kurier“ er am Körper der Arbeiterbewegung herum, warum sßt er über Brinckmann zu Gericht und bezeichnet die Maifeier als „ein Stück sozialdemokratischer Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften ablegen“? Abzulegen haben, wäre unter jetzigen Umständen richtiger gesagt gewesen. Aber „kein denkender Mensch verkauft sich einer Partei mit Haut und Haaren“, sagte Bebel 1903 in Dresden.

So weit sind wir aber in den Gewerkschaften noch nicht, Herr Fischer. Auch dann nicht, wenn Sie erklären: „Ohne Uebertreibung kann ich sagen: Niemals seit 1890 ist in Deutschland die Maifeier in solchem Umfange und so rein im Parteicharakter begangen worden, als gerade in diesem Jahre. Da wäre es ein Akt des politischen Selbstmordes, gerade jetzt die Maifeier abzuschwächen.“ Die Maifeier ist weber im Sinne des „reinen Parteicharakters“ gedacht, noch in dieser Weise seit 1890 von den Gewerkschaften begangen worden. Gewiß hat sie sich mehr und mehr als Parteidemonstration ausgewachsen, während ursprünglich in Deutschland mit der Maifeier die Gedanken des Ausbaues der Sozialgesetzgebung, des allgemeinen Arbeiterschutzes und der Verkürzung der Arbeitszeit verknüpft und propagandistisch in den Vordergrund gerückt waren. Schrieb doch 1897 noch Karl Kautsky, „daß die hauptsächlichsten Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse für die Gegenwart und die nächste Zukunft auf den Gebieten der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerkschaftsorganisation liegen.“ Danach haben die Gewerkschaften stets gehandelt, warum also diese Massandränge in Jena? Für eine von Fischer betonte „reine“ Parteidemonstration werden die Gewerkschaften noch weit weniger als bisher ihre Erfolge und ihre weitere gesunde Entwicklung aufs Spiel setzen. Daß die Maifeier 1905 einen bisher unerreichten Umfang angenommen haben soll, davon weiß freilich nur Herr Fischer allein zu berichten, denn gerade von radikaler Seite wurde — auch in Köln — hervorgehoben, daß infolge des Verhaltens der Gewerkschaftsführer die Maifeier immer mehr zurückgegangen sei.

Fischer ist dann im Laufe seiner Rede dazu übergegangen, die Gewerkschaften auf Herz und Nieren zu prüfen, ob ihnen noch der Charakter als moderne Arbeiterorganisationen zugesprochen werden könne. Und da hat er gar trübliche Erfahrungen gemacht. So seien z. B. beim Metallarbeiterverbande „die bisherigen Bestrebungen, die Gewerkschaften im sozialistischen Geiste zu lenken und zu leiten, sehr stark in den Hintergrund getreten“. Ferner sei in dieser Gewerkschaft „den Gewerkschaftsbeamten die Pflicht auferlegt, ihre gesamte Arbeitskraft nur in den Dienst der Gewerkschaft zu stellen“. Von den in Jena als Zuhörer anwesenden Vorstandspersonen des Metallarbeiterverbandes wurde das bestritten. Gleichviel, wir würden eine solche Verpflichtung nur als selbstverständ-

lich betrachten. Was würden z. B. selbst unsere Genossen im Verbanne sagen, wenn der „Corr.“-Redakteur neun Monate im Jahre als Parteiagitator und Reichstagsabgeordneter auf Kosten der Gewerkschaft tätig wäre und dabei seinem Posten nicht vorstehen könnte? Man wählt doch dann erst einen Beamten in den Gewerkschaften, wenn man für denselben ein volles Arbeitspensum hat. Andererseits würde in den meisten Fällen ein solcher Parteimensch viel zu sehr den Faden mit den Intimitäten seiner vielgestaltigen gewerkschaftlichen Arbeit verlieren, wenn er zeitweise aus derselben herausgerissen würde. Jetzt, wo nach und nach in allen Gewerkschaften deren innerer Ausbau erfolgt und über die rohe agitatorische Tätigkeit hinaus eine bestimmte innerpolitische Arbeit von oft recht großer Tragweite zu verrichten ist, muß ein solcher Beamter stets am Platze sein. Und gibt es vielleicht eine Gewerkschaft, die einen Ueberfluß an Beamtenmaterial oder einen Mangel an Arbeitsmaterial aufzuweisen hätte? Außerdem hat jeder Gewerkschaftsbeamte noch an seiner eignen Fortbildung zu arbeiten. Mag ein solcher Beamter in seiner freien Zeit machen, was er will, mag er eine politische Gesinnung betätigen, welche er will, danach hat ihn niemand zu fragen, das ist sein Menschen- und sein Staatsbürgerrecht; aber gegen Gewerkschaften Vorwürfe zu erheben, weil sie von ihren Beamten die volle Pflichterfüllung verlangen, weil sie für ihre Bezahlung eine angemessene Gegenleistung zu garantieren haben, das blieb Richard Fischer vorbehalten, der als Geschäftsführer der „Vorwärts“-Druckerei von seinen Arbeitern doch auch das vertragliche Arbeitspensum ganz erfüllt fordert. Wenn nun einer von diesen als Parteigenosse oder als Gewerkschaftler aus agitatorischen oder ähnlichen Gründen wochen- oder monatelang dem Geschäfte fern bleibe, ob Fischer da den Lohn fortzahlen oder nicht vielmehr die Alternative stellen würde, entweder auf die Kondition oder auf die Gewerkschafts- oder die Parteiagitator zu verzichten?

Es berührt beinahe komisch, wenn Fischer den Gewerkschaften vorhält, daß es außer dem Kampfe für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für bessere Arbeitsbedingungen, für die Herbeiführung eines sozuzugewandten konstitutionellen Verhältnisses auf dem Gebiete des Arbeitsprozesses „noch weit höhere Aufgaben für die Arbeiter gibt“. Welcher Gewerkschaftsführer hat denn das je bestritten? Fischer muß schon recht lange kein Gewerkschaftsstatut und kein Gewerkschaftsblatt mehr in den Händen gehabt haben, sonst müßte er wissen, daß die Gewerkschaften nicht nur die materielle, sondern auch die geistige Hebung ihrer Mitglieder sich zum Ziele gesetzt haben. Wo hat es seit Jahren eine Frage von politischer Bedeutung, von öffentlichem und allgemeinem kulturellem Interesse gegeben, welche die Gewerkschaftsblätter unberücksichtigt gelassen hätten? Wann hat je der erzieherische Einfluß der Gewerkschaften und ihrer Organe auf die Mitglieder im Sinne der Umwandlung der gegenwärtigen Produktionsweise in die sozialistische versagt? Nichts, rein gar nichts, was die Arbeiterklasse in ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen angeht, ist in der Gewerkschaftspressen unberücksichtigt geblieben — vom Zucht- hausentwurf und der Zollgesetzgebung bis zum Fleischwucher und der Junkerherrschaft. Es ist geradezu arrogant von Fischer, sich in Jena hinzustellen und die deutschen Gewerkschaften als verknöcherte Krämerseelen der internationalen Arbeiterschaft zu denunzieren. Aber wie in der Maifeier kommt es Fischer auch hier auf die radikale Form an. Das ist des Pudels Kern! Die radikalsten Vorkämpfer sollen die Gewerkschaften unbesehen mitmachen, über ihre Existenzbedingungen hinweg sollen sie sich auf Thesen verpflichten, die offenkundig Selbstmord für die Gewerkschaften wären. Sie, die mitten in der verantwortungsvollsten Arbeit stecken, in der einen Hand den Baustein für das Gebäude der Zukunft und in der andern das Schwert zur Verteidigung des bisher Geschaffenen, brauchen von Fischer keine Belehrung, wie sie im Interesse der

Arbeiter zu wirken haben. Und der Gewerkschaftler, der täglich seine wirtschaftliche Existenz aufs Spiel setzt, und in der Fabrik, in der Werkstatt mit seiner ganzen Person als organisierter Arbeiter einzutreten und nur zu oft den Klassenkampf — nicht den theoretischen — gegen den Uebermut und die Unterdrückungsversuche eines oft brutalen Unternehmertums zu führen hat, und der da in seinem schweren Kampfe ums Dasein praktisch nur die Gewerkschaft hinter sich hat, dem kann der Geschäftsführer Fischer nichts Neues über den Klassenkampf erzählen, und bei einem solchen Arbeiter braucht auch keine „Revidierung“ der Begriffe über seine Klassenlage zu erfolgen. Man mag das Referat Fischers nach jeder Seite hin betrachten, überall werden den Gewerkschaften nur ein paar Gladenbrocken hingeworfen und auf Grund willkürlicher Vorstellungen oder auf eine Äußerung irgend eines Genossen hin das Einschwenken der Gewerkschaften in den Sozialrevolutionarismus verlangt. Weil v. Elm in den „Sozialistischen Monatsheften“ schrieb, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor der Gefahr stehe, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzukommen — was ihm nachzuweisen allerdings nicht gelingen wird; wir räumen ihm zu diesem Zwecke gern den „Corr.“ ein —, gibt Fischer ohne weiteres den willkommenen Anlaß, zu sagen, daß diese Gefahr nicht mehr gelegnet werden könne, und daß alle, die sozialistisch denken und fühlen, darin einig seien, „daß der Entwicklung in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben werden muß“. Uebertragen Sie das, geehrter Herr Riegelvorschieber, doch in das verständlichere Deutsch: Die Partei hat demnach die Pflicht, der gegenwärtigen bewährten Entwicklung in die Arme zu fallen, wenn die Gewerkschaften es wagen, nach Lage ihrer Bedürfnisse und der Gesamtverhältnisse eigne Wege in bestimmten Fragen wandeln zu wollen. Auch hier ist die Drohung wieder das hervorstechendste Merkmal, und wir kennen Fischer viel zu gut, um nicht zu wissen, daß er der Mann wäre, diese Drohung auch in die Tat umzusetzen. Er möchte aber bloß bei dem Riegelvorschieben sich die Finger nicht klemmen. Fischer polemisiert in seinem Referate gegen Robert Schmidt und sagt da, ein Zurückweichen in der Maifeier lasse den Gegnern erkennen, daß die Angriffs- und Angriffsmacht der Arbeiter gesunken sei, womit den Gegnern gesagt werde: „Wenn wir Gegner nur eine Attacke gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein“. Nun, bis jetzt dürfte die Maifeier noch nie dem Zwecke gegolten haben, die Angriffs- und Angriffsmacht der Gewerkschaften (unorganisierte Arbeiter besitzen überhaupt keine Angriffsmacht) zu dokumentieren, und dieses Moment Fischers wird hoffentlich den Gewerkschaften zu denken geben. Die Kombination der Gegner wachzurufen, wie am besten eine „Attacke“ gegen die Arbeiter möglich sei, war völlig überflüssig, denn nach den Ausführungen Fischers ist unseren Gegnern klar geworden, daß nunmehr die Maifeier zu einem Prinzipienkampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie gemacht werden soll. Fischer setzt ja hinzu: „Die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen“, und betont weiterhin als angeblich zwingendes Moment den „reinen Parteicharakter“ der diesjährigen Maifeier. Zum Prinzip verdichtet sich eben sein Standpunkt in der Maifeier, indem er fordert: „nicht bloß bei den bisherigen Parteitagbeschlüssen über die Maifeier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eignen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Masse erobert und die Gegner bezwungen haben“. Fischer will also eine Verschärfung der Maifeier, er will sie zu einem Kampfobjekt machen, für das die Massen aufmarschieren zu lassen dem Gegner ein Jahr vorher mit der Genauigkeit einer Sonnenfinsternis angekündigt wird. Der Gegner selbstverständlich bleibt völlig passiv, er wartet mit einer

wahren Schaffsgebud darauf, bis er „bezwungen“ ist. Er unterstützt vielleicht die Arbeiter bei der „Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eignen Kraft“ und gibt ihnen den Zeitpunkt an, wann die Arbeiter am wirksamsten einen Vorstoß machen können. Wie malt sich doch die Welt im Kopfe Fischers, der keine Ahnung davon haben kann, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen und was die Gewerkschaften bei einer solcherart begangenen „Maifeier“ an tatsächlichen Errungenschaften auß Spiel setzen und was sie dafür eintauschen. Nicht aus materiellen Gründen allein sagen wir das, sondern vornehmlich vom ideellen, vom organisatorischen, vom allgemeinen Standpunkte aus, die Arbeitererschaft zusammenzuführen, sie zu stärken, zu erziehen und für ihre Kulturaufgaben reif zu machen.

Aber das alles will oder kann Fischer nicht sehen. Er meint, die ständige Beschäftigung mit Gewerkschaftsfragen, das Bestreben, die Berufsinteressen der Arbeiter mit aller Energie zu vertreten, verleite dazu, „den großen Kampf um politische Ziele zu unterschätzen“. Mit Recht konnte Silberschmidt erwidern: „Nehmen Sie doch die Dinge wie sie sind! Haben nicht die Gewerkschaften täglich und stündlich den reinen, puren Klassenkampf gekämpft, haben sie nicht bis ins letzte Dorf den Samen des Sozialismus getragen? Welcher Geist herrscht in der Presse namentlich der großen Verbände? Unausgesetzt wird auch die sozialistische Gedankwelt propagiert.“ Davon weiß Fischer nichts, nach ihm hat die „Gewerkschaftsidee als natürliche Konsequenz einer Gewerkschaftsgeizismus“ zur Folge. Hier und da „made sich ein gewisser Hang zu einer Art Zünftertum geltend“. Natürlich will Fischer „durchaus nicht behaupten, daß die Gewerkschaftsmitglieder persönlich Zünftler seien, aber die sozialistischen Theoretiker haben in dieser Beziehung einen weitem Gesichtskreis als diejenigen, die mitten im Tageskampfe stehen“. Den Gewerkschaften bleibt demnach nichts mehr übrig, als ihre Knochen zur höhern Ehre des „weiten Gesichtskreises“ der sozialistischen Theoretiker zu Markte zu tragen. Liebtnecht sen. sagte zwar einmal, daß ihm ein Quentgen Pragis mehr wert sei als ein Scheffel Theorie, aber die Gewerkschaften, „die mitten im Tageskampfe“, also im Leben, wie es ist, stehen, erhalten dadurch „einen gewissen Hang zu einer Art Zünftertum“ anezogen! Kautsky, Mehring, die blutige Rosa usw. werden nun wohl mit in die Generalkommission hineingewählt werden müssen, um die Gewerkschaften vor der Verumpfung und Verzunstung zu retten. Und dabei sind eine große Anzahl hervorragender Sozialdemokraten in den Gewerkschaften tätig und nicht weniger als zehn Gewerkschaftsführer sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete! Das alles hat aber den „Hang zum Zünftertum“ in den Gewerkschaften nicht verhindern können, dieser wird vielmehr recht gründlich durch einen Parteitagbeschlus, durch eine Resolution, durch die Rede Fischers beseitigt. Bis jetzt ist immer die Erfahrung gemacht worden, daß gerade die „sozialistischen Theoretiker“ eine schwierige Position in der Arbeiterbewegung durch den sogenannten „weiten Gesichtskreis“ nur noch verschlimmerten — noch jetzt sind die Vorbeurtheile nicht wkl, welche diese Theoretiker beim Kampfe der Ruhrbergleute davongetragen haben — aber mit der Theorie läßt sich eben über Dinge feberleicht hinwegkommen, die in der Pragis des Arbeiterlebens oft zentnerschwer wiegen. Sind es nicht gerade die Theoretiker gewesen, die in Dresden den Parteitag zu einer Skandalveranstaltung ersten Ranges machten, waren es nicht wieder die Theoretiker, die in Jena hinter verschlossenen Türen ihren „weiten Gesichtskreis“ der Öffentlichkeit vorenthalten mußten, und richtet sich seit Jahren nicht alle Empörung in Arbeiterkreisen gegen das arbeitererschädigende Kraftmeiertum „proletarischer Gesinnungsanhänger“? Nun, wir werden darauf noch näher zurückkommen.

Gedenket der Toten!

Man spricht in Versammlungen, auf Festlichkeiten usw. stets von unrer großen Buchdruckerfamilie, die Freud und Leid miteinander teile, sich gegenseitig schütze und schirme, kurz, die ein starkes Band miteinander verbinde. Ich will das alles gelten lassen, ja, ich bestätige sogar gern, daß dieses keine leeren Phrasen sind, sondern die pure Wahrheit ist. Aber eins ist vorhanden, was in einer Familie nicht vorkommen soll, nicht vorkommen darf, und dieses ist das Verhalten unserer verstorbenen Verbandskollegen gegenüber.

Wie oft kommt es vor, daß ein Kollege fern von der Heimat, ohne Anverwandte, ohne ein liebes Wesen, das ihm die Augen zudrücken, das seine Grabstätte hegen und pflegen könnte, stirbt. Mander arme Kollege, der auf der Wanderschaft sich eine Krankheit zuzieht, oder dessen bereits vorhandene sich verschlimmert, schiebt sich gezwungen, in einer fremden Stadt ein Krankenhaus aufzusuchen, um dort Genesung zu finden oder — was nicht selten vorkommt — von seinem Leiden durch den Tod erlöst zu werden. Wie mag es so einem heimatlosen, bedauernswerten Kollegen in seinem letzten Stündchen zu Mute sein bei dem Gedanken, bald draußen auf dem stillen Totenader zu liegen, fremd, unbekannt, von niemand vermißt, vergessen, daß er überhaupt existiert hat? Verbunden und gestorben! Nur die gültige Allmutter Natur gebent ihres armen Kindes und schmückt sein eingefallenes Grab mit Gras und wilden Blumen. Verwiltet liegt es da, gedankenlos wird es von den Füßen darüber hinweggehender Menschen zertritten; niemand von ihnen denkt wohl daran, daß dort unten ein Mensch den ewigen Schlummer schläft, der auch einst war und gestämpft und gerungen hat im schweren Kampfe ums Dasein.

Wenn wir uns aber des Namens, eine große Familie zu sein, würdig erweisen wollen, so muß diese tiefbetäubende Tatsache dadurch aus der Welt geschafft werden, indem man die Ruhestätten derartigen enterbter Kollegen pflegt, und dieses ist mit geringen Unkosten auch leicht auszuführen. Die Instandhaltung eines einfachen Grabes kostet jährlich 4 bis 5 Mk., ein Kostenpunkt, der seiner Minimalität wegen gar nicht der Rede wert ist, und auch dann noch leicht aufzubringen ist, wenn mehrere Gräber zu unterhalten sind. So viel wird wohl noch jede Ortsstufe übrig haben — und wir erfüllen damit einen Akt der Humanität! Für manden Hofispostus, für mandes mit einem beträchtlichen Defizit abschließende Fest werden Summen ausgegeben, die ganz bedeutend höher sind, als diese Aufmachungskosten betragen würden. Sollten die Ortsstufen, besonders die der kleineren Ortsvereine, zu arm sein, stehen sich da die Kosten nicht durch ein Erbschaftsfein leicht aufbringen? Ich glaube nicht, daß sich ein Kollege dagegen sträuben würde. Oder man nehme — und das ist der Casus belli — einen Teil des Sterbegeldes, das, da entweder keine Angehörigen vorhanden sind oder nur solche, die zu Bezügen der Verstorbenen sich um diese nicht kümmern, in der Verbandskasse verbleibt, und halte hiermit die Gräber instande. Meiner Ansicht nach kämen so die Kollegen auch nach ihrem Tode auf ihre Kosten, wenn man sich in diesem Falle so ausdrücken darf. Mit der Summe von 100 Mk. würde man z. B. für das einzelne Grab 20 bis 25 Jahre au:kommen; will man noch ein übriges tun, errichtet man auch noch ein billiges Grabsteindchen mit Angabe des Namens, Geburts- und Sterbetages sowie des Berufes, und der Zweck wäre erreicht.

Ich glaube bestimmt, daß ich der großen Mehrzahl, nein, allen Kollegen aus dem Herzen gesprochen habe mit dieser Anregung, und es würde mich ungemein freuen, zeltige diebele auch Freichte.

Mander unserer Kollegen würde leichter sterben in dem Bewußtsein, daß er auch nach seinem Tode nicht vergessen ist, und seine Ruhestätte nicht dem Verfall anheimgegeben, sondern gepflegt und gepflegt würde von der „großen Familie“, die ihm im Leben nahe stand, ihn mit Rat und Tat unterstützte: dem Verbands der Deutschen Buchdrucker!

Gedenken wir unserer Toten!

Duisburg. Bernhard Fisch.

Anmerkung der Redaktion: Zu diesem Artikel möchten wir doch einiges bemerken, und hoffen, damit verstanden zu werden. Es geidnet den Menschen aus, wenn er Pietät übt, aber diese läßt sich nicht reglementieren, wie der Kollege Fisch sich das zusammengeirmt hat. Im Einzelfalle — und es handelt sich nur um verschwindende Einzelfälle — werden die Kollegen des betreffenden Ortes oder Bezirks leicht in der Lage sein, entsprechend zu handeln. In diesem Sinne lassen wir die vorstehende Anregung gern gelten. Darüber hinaus lassen sich statutarische Bestimmungen nicht treffen, solche wären aber notwendig, wenn die Freiwilligkeit nicht ausreichen sollte. Möchten doch die Kollegen im Leben untereinander jene Bestimmungen pflegen, die Kollege F. für die Toten reflatiert. Und am Ende darf man doch aus dem Verbands keinen Beeridigungsverein machen. Mit den Stimmungen, die Kollege F. weckt, haben wir uns als Proletarier längst abgefunden. Uns allen ist die Heimatklosigkeit, das Vergessen, das Verberben und Erben schon in die Wiege gelegt, und es stirbt sich gleich schwer oder gleich leicht, ob die Aussicht einer eventuell verlassenen Grabstätte oder eines Denksteines darauf besteht. In der Pragis der Sache selbst käme es mitunter zu den peinlichsten Situationen. Hier könnte leicht einmal das Wort Napo-

leons zutreffen: „Von Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt!“ Wir wollen dies um des Ernstes der Sache und der guten Absicht des Artikelsehreibers willen nicht näher begründen. Lassen wir es dabei bewenden. Wenn der Beridigungsbericht aus Duisburg in heutiger Nummer erwartet, die Redaktion werde eventuell eine eingehende Diskussion im „Cor.“ über den Antrag des Kollegen F. zulassen, so iren sich die Duisburger Kollegen. Wir glauben, es genügt — wenn ja nötig, was wir bezweifeln — diese Anregung, gegebenenfalls einen braven und verdienten Verbandskollegen nicht wie einen Hund einscharen und vergessen zu lassen. Man verschone aber den „Cor.“ damit, in die Diskussion einer Sache einzutreten, die so vielemal beschidenartig ist, als Einzelpersonen in Frage kommen könnten.

Die englischen Trades-Unions unter besondrer Berücksichtigung der Buchdruckerverbände.

(Vortrag, gehalten am 11. August 1905 von P. Bährer-London in einer Versammlung des Leipziger Gewerkschaftsvereins.)

(Fortsetzung.)

Ehe wir nun auf die Londoner Vereinigungen eingehen, dürfte es sich empfehlen, die Verhältnisse in Schottland noch zu beleuchten. Der schottische Buchdruckerverband wurde im Jahre 1853 unter dem Namen „Scottish Typographical Association“ ins Leben gerufen. Die Zentrale desselben befindet sich in Glasgow. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 4000 und besteht aus Setzern und Druckern.

Bei der Abfassung des Statuts scheint man sich offenbar nach der fünf Jahre älteren englischen Druckerorganisation gerichtet zu haben, denn die Abfassung derselben läßt eine Anlehnung erkennen. Ein Vergleich mit den englischen Verhältnissen würde zweifellos zugunsten der schottischen ausfallen, denn die Arbeitszeit darf nicht über 52 1/2 Stunden gegen 54 in England betragen. Die Unterstützungsrichtungen des schottischen Verbandes sind ebenfalls besser ausgebaut. Die Schotten haben nämlich die Krankenunterstützung mit in ihr Programm aufgenommen und geben ihren vorübergehend Arbeitsunfähigen, vorausgesetzt daß sie die Karenzzeit von zwölf Monaten absolviert haben:

10 sh auf die Dauer von 13 Wochen
7 sh 6 d für weitere 13 „ und
5 sh bis zur Beendigung der Krankheit.

Der wöchentliche Beitrag beträgt 8 d = 60 Pf. Das Minimum im gewissen Gelde ist auf 27 sh festgesetzt, also um 1 sh höher als in England.

Das Leberarbeiten ist insofern begrenzt, als mehr als zwölf Stunden von keinem Mitgliede geleistet werden dürfen, ganz ermelkt, ob Ersatzkräfte noch zur Verfügung stehen oder nicht.

Die Lehrlingsfrage ist dahin geregelt, daß mehr als ein Lehrling im Verhältnis zu drei Gesellen nicht gehalten werden darf. Diese Stala bezieht sich auf die Drucker sowohl wie auf die Setzer, in dieser Hinsicht haben die letzteren nichts voraus.

Die schottischen Kollegen nehmen ebenfalls ihre Lehrlinge nach vollendetem 17. Jahre in den Verband auf, aber zu halbem Beitrage. Die Unterstützungssätze sind im allgemeinen höher als in England.

Bei der Streikunterstützung verfahren die Schotten wiederum liberaler als ihre englischen Kollegen, indem sie während der ersten fünf Wochen den vollen Lohn bewilligen und dann die Unterstützung auf 20 sh reduzieren auf eine beliebige Dauer, die von der Exekutive nach Lage der Sache begrenzt wird.

Beim Sterbegeld beträgt die Höchstsumme 300 Mk., anstatt 200 Mk. wie im englischen Verbands, wcler erstere Summe bei einer Mitgliedschaft von 20 Jahren ausgezahlt wird.

Die Generalversammlungen finden alle vier, anstatt fünf Jahre statt.

Das Minimum an den Segmaschinen ist wie in England 12 1/2 Proz. höher als das für Handseger.

Beim Akkordsystem tritt jedoch wiederum eine Verbesserung in die Erscheinung, indem der Preis pro 1000 n an der Linotype nicht weniger als 2 1/2 d gegen 2 d in England, an der Gattersley 2 1/2 d und an der Thorne 3 d betragen darf.

Die Arbeitszeit ist dieselbe, nämlich 48 Stunden für Tag- und 44 Stunden für Nacharbeit.

Für Neberzeit muß 50 Proz. entschädigt werden, während in England dieser Aufschlag beispielsweise bei der Lanston Monotype erst nach der dritten Stunde eintritt.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nur 6 sh pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen in jedem Quartal.

Die Invalidenunterstützung ist stoffelartig geregelt und beträgt:

bei 35jähriger Mitgliedschaft 10 sh pro Woche
" 30 " " " 8 " " "
" 25 " " " 6 " " "

Alles in allem darf man also ruhig behaupten, daß die Verhältnisse in Schottland günstiger liegen als in England.

Der schottische Verband gibt auch ein eigenes Organ heraus, das unter dem Titel: „Scottish Typographical Circular“, monatlich einmal in Glasgow erscheint. In betreff der Ausstattung gilt dasselbe, was wir schon über das englische Organ gehört haben.

Manmehr hätten wir die Verhältnisse im Lande einigermaßen kennen gelernt; so dürfte es sich denn noch empfehlen, London in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen, da London, wie bereits erwähnt, ausschlaggebend für ganz Großbritannien ist und zwei Fünftel des ganzen graphischen Gewerbes umschließt.

In London erscheinen alle größeren Zeitungen, die teilweise nach unseren Begriffen Niesenaufgaben aufzuweisen haben. Die „Daily Mail“ marschiert an der Spitze der Tageszeitungen mit über einer Million, die „Weekly Lloyds“, eine Wochenzeitung, die des Sonntags morgens erscheint, schlägt sie jedoch noch um 1/4 Million. Eine ganze Anzahl Zeitungen hat über 500 000 Abonnenten. Daß die Herstellung derselben natürlich nur Niesenbetriebe bewältigen können, ist selbstverständlich. Es gibt in London daher auch Firmen, wie beispielsweise Waterlow & Sons, die 400 bis 500 Sezer beschäftigen. Die Sezer und Maschinenmeister sind in getrennten Verbänden organisiert.

Der Londoner Maschinenmeister-Verband ist die älteste englische Buchdruckerorganisation und wurde im Jahre 1839 begründet. Im Frühjahr stand der Maschinenmeisterverband in Verhandlung mit den Prinzipalen zwecks Revision des Tarifes. Nach diversen stürmischen Sitzungen ist es schließlich gelungen, einen neuen verbesserten Tarif abzuschließen, der in der ersten Juliwoche in Kraft getreten ist.

Die Erhöhungen des Lohnes um 1 sh pro Woche, von 38 sh auf 39 sh, ist ja zwar recht minimal, jedoch bei den gegenwärtigen schlechten Zeiten annehmbar. Die Arbeitszeit wurde von 54 auf 52 1/2 Stunden reduziert, Nachtarbeit 48 Stunden; für die Bedienung einer zweiten Maschine müssen 2 sh extra gezahlt werden. Das Zweimachinensystem ist also auch in London offiziell anerkannt. Natürlich dürfen die Maschinen nicht über Doppelroyal groß sein. Bei größeren Maschinen gilt die Regel: ein Mann eine Maschine.

Für Überstunden werden 4 d extra entschädigt, nach 12 Uhr abends 5 d extra.

Das Minimum für Notationsmaschinen beträgt 45 sh pro Woche und steigt je nach Art der Maschine bis 75 sh.

Die Lehrlingskala ist wie folgt:
Bei 1 Gehilfen 1 Lehrling

für jede weiteren 3 „ 2 „
4 „ 1 „

In Zeitungen, wo hauptsächlich nur Notationsmaschinen laufen, ist nur ein Lehrling bei fünf Gehilfen gestattet.

Die Unterstützungseinrichtungen lehnen sich im großen und ganzen an die bereits erwähnten an, es dürfte sich daher erübrigen, darauf einzugehen.

Das Sterbegeld steigt im Maschinenmeisterverbande bis zu 400 Mk., und zwar schon nach vierjähriger Mitgliedschaft.

Das Solidaritätsgefühl ist unter den Londoner Maschinenmeistern nicht stark ausgeprägt; mit Murren und Schimpfen werden die bei großer Arbeitslosigkeit zu leistenden Extrasteuern bezahlt. Der gewöhnliche Beitrag beträgt 9 d (75 Pf.) pro Woche. Der Sekretär muß sehr oft mit Verschleppung der Namen der verschuldeten nicht zahlenden Offizinen drohen. Das Verhältnis der Kollegen zueinander in den Druckereien läßt ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Tritt ein neuer Kollege in ein Geschäft ein, so wird er immer als ein „Grüne“ oder als eine Art „Einbringling“ betrachtet, selbst als Angehöriger des Maschinenmeisterverbandes. Findet er sich nicht gleich an der Maschine zurecht, so wird sein Nebenkollege ihm nicht etwa helfen, sondern er wird in den meisten Fällen sich darüber freuen, daß der „Grüne“ in Schwierigkeiten ist. Es gibt viele Druckereien in London, wo ein neu ein tretender Kollege nicht einen Steg zur Befestigung der Formen an der Maschine vorfindet, keinen Hammer und kein Klopffloß. Vorher war natürlich alles da, aber die „Kollegen“ haben alles genauig, um ihr eigenes Material zu vervollständigen, und um dem Faktor zu beweisen, wie schnell sie mit den Formen umspringen können im Gegensatz zu dem Neuanfänger. Der letzte wendet sich jedoch an seinen Obermaschinenmeister, der achselzuckend erklärt, daß alles da war, er solle nur suchen.

Zuguterletzt versucht dann der „Grüne“, d. h. wenn er schau ist, sein Heil bei seinem Anleger (das Anlegen wird nämlich in London von Jungen und Männern besorgt, Mädchen werden an den Maschinen direkt überhaupt nicht beschäftigt). Der Anleger geht natürlich darauf aus, „geschminkt“ zu werden. Erst wenn dies in genügender Weise geschehen, wird er gefällig. Dann kommt das Klopffloß wieder, Zurückpapier, gute Walzen usw. Das Verhältnis des Maschinenmeisters zum Anleger wird auf diese Weise immer inniger, und sie fangen dann auch an, sich zu buzen. Der Respekt geht natürlich dabei zum Teufel. Somit wird der Korruption Tür und Tor geöffnet; der Anleger schmuggelt Bier ein, vernuftig Makulatur, bekommt frisches Papier vom Lagermeister usw. Daß dieselben dann über die Stränge schlagen, nimmt nicht wunder.

Das Mißtrauen der Kollegen untereinander geht soweit, daß sie ihre Werkzeuge jeden Tag hin und zurück zur Arbeitstätte tragen, denn würde es dort gelassen, wäre am nächsten Morgen nichts mehr da.

Da zwischen dem Maschinenmeister- und Sezer-Verbande kein Gegenseitigkeitsverhältnis besteht, so kommt es oft vor, daß eine Firma für Sezer tariffrei sein kann, die für Maschinenmeister geschloßen ist oder umgekehrt. Ja, es kommt sogar vor, daß diverse Abteilungen in großen Druckereien, wie Waterlow & Sons, die natürlich ganz getrennt arbeiten, in verschiedenen Sälen und unter anderer Leitung, die eine Abteilung offen, die andre hingegen für Verbandsmitglieder geschloßen ist.

Nun, Kollegen, das geht doch einfach über die Hut- schneur. Welch unangenehme Situationen entstehen daraus? Wohin soll so etwas führen?

Ein besonders trasser Fall von Inkollegialität, wie er unter Verbandsmitgliedern vorgekommen, mag hier registriert sein.

In der Zeitschrift „The Lady“ hatte deren Geschäftsleitung am Eingange zur Druckerei einen Kasten anbringen lassen; worin etwaige Verbesserungsvorschläge schriftlich niedergelegt werden konnten. Der Obermaschinenmeister war ein gutmütiger Kollege, der die Interessen der Drucker mehr studierte als die des Geschäfts, das nebenbei auch eine sehr reiche Firma war. Er beschäftigte daher mehr Gehilfen als zeitweise notwendig war; er gab auch für Nachtarbeit einen höheren Lohn, als er auf Grund der Skala verpflichtet war.

Der Unterfaktor machte nun eines Tages der Firma den Vorschlag, dies alles umzuändern und ein rationelleres System einzuführen, bei dem man mehr verdienen könne.

Das Resultat war eine Belohnung für den Reformator von 100 Mk., Entlassung des Obermaschinenmeisters und Beförderung des Unterfaktors zum Obermaschinenmeister. Und dies unter Kollegen! —

In großen Geschäften wird es häufig notwendig, daß die Maschinen eine Nacht durchdrucken, um die Arbeit bewältigen zu können. Hierfür bekommt ein Maschinenmeister 20 sh laut Tarif.

Als bei der großen Arbeitslosigkeit einmal ein deutscher Kollege, ein gewisser Wilhelm Werner aus Berlin, den Vorschlag machte, das Statut scharf einzuhalten und den im Wochenlohn stehenden Maschinenmeistern zu verbieten, diese Nacht zu arbeiten, sondern vielmehr die Arbeitslosen dafür heranzuziehen, entstand Zeter und Mordio. Mit Entrüstung wurde es zurückgewiesen und damit motiviert, daß dann die Hälfte der Mitglieder austreten würde.

Jeder steht eben in seinem Nebenkollegen einen gefährlichen Konkurrenten und nicht einen unter denselben wirtschaftlichen Mißverhältnissen leidenden Berufskollegen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und eventuellem Verluste der täglichen Bequemlichkeit läßt in den englischen Verbänden viele Prinzipienfehler aufkommen. So war es nur möglich, daß das dem Druckgewerbe so schädliche Akkordsystem der Firma Benroye & Sons in Derby 40 Jahre bestehen konnte, ohne daß die T. A. trotz ihrer Stärke dagegen Front machte.

Dies System bestand darin, daß der Maschinenmeister für Zuriichten nichts bezahlt bekam, sondern nur pro 1000 Druck 7 oder 9 d. Als die ersten Schnellpressen aufgestellt wurden (vor 44 Jahren), erbot sich die Drucker, dieselben in Akkord zu übernehmen. Da damals natürlich noch alles vom Sezer und nur in großen Auflagen gedruckt wurde, so rechneten die Drucker nichts für die Zuriichtung, sondern ließen sich die Anzahl Drucke pro 1000 honorieren.

Diesem Modus hatte auch die T. A. unter den gegebenen Verhältnissen seinerzeit zugestimmt. Im Laufe der Jahre wurden die Maschinen aber immer größer und die Zuriichtungen immer komplizierter, und dies System dauerte fort, bis schließlich derselbe Deutsche (W. Werner) in diese Druckerei kam und mit Erstaunen ein derartiges System vorfand.

Die guten Freunde des Faktors bekamen große Auflagen und wenig Zuriichtung und verdienten 60 bis 80 Mk. die Woche (da nebenbei die Einrichtungen noch bestanden, daß zwei Maschinenmeister drei Maschinen versahen und sich in den Verdienst der dritten teilten) und die mißbeliebten Kollegen schoben mit 20 Mk. und weniger ab.

Schließlich kam es zur Entladung. Man wollte bei der Firma vorstellig werden und hatte eine Kommission zum Chef geschickt, der aber erklärte, seine Leute selber sehen zu wollen und die Beschwerden in Empfang zu nehmen. Eine Versammlung wurde arrangiert, in der die Mißstände zur Sprache kommen sollten. Aber keiner von den englischen Kollegen hatte den Mut, seinem Prinzipale gegenüberzutreten. Die Versammlung verlief resultatlos und die unmittelbare Folge davon war, daß am nächsten Tage das Akkordsystem auch in dem Departement eingeführt werden sollte, wo die bunten Arbeiten gedruckt wurden, und das bisher im gewissen Maße gestanden hatte. Unser deutscher Kollege mit einigen englischen reichten hierauf die Kündigung ein. Dies brachte den Stein ins Rollen. Es wurde wieder eine Versammlung anberaumt, in der schließlich, nachdem die Engländer nach wiederholter Aufforderung sich nicht zum Worte geübelt hatten, unser Kollege Werner das Wort ergriff und so gut es ging, dem Prinzipale das Ungeredete und Unhaltbare dieses Systems klarlegte. Der Prinzipal wurde überzeugt, sprach seinen englischen Arbeitern seine Mißbilligung über ihr feiges Auftreten aus und hob das 44 Jahre lang zum Schaden der Kollegen bestandene System auf. Dies System hat in der Tat der Druckindustrie großen Schaden getan und die Firma Benroye & Sons in Derby reich gemacht, da sie alle Kontrakte an sich riß und noch dazu unter der Flagge der Tarifreue.

Sechs Wochen darauf erschien ein großes Inserat in den Lokalzeitungen von Derby, daß die unterzeichneten Druckereibesitzer infolge Erhöhung der Löhne und Verteuerung des Rohmaterials ihre Preise um 25 Proz. erhöhen müßten.

Nun lassen Sie uns zuguterletzt noch die Londoner Sezergesellschaft vor unserm geistigen Auge Revue passieren.

Die Londoner Sezergesellschaft wurde im Jahre 1848 unter dem Titel „London Society of Compositors“ reorganisiert. Sie repräsentiert wohl die stärkste und die reichste der englischen Buchdruckerorganisationen. In 7—9 St. Bride St. besitzt sie ein eigenes Heim und zwar freehold, also absolut für ewige Zeiten. Das Gebäude hat einen Wert von rund 340 000 Mk. In demselben befinden sich die Geschäftsstelle, eine Bibliothek, Leses- und Wartezimmer sowie eine kleine Halle. Ein Teil des Hauses ist an Geschäftsleute vermietet. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit etwa 11 360. Das Gesamtvermögen beläuft sich auf 1 400 000 Mk.

Ein Gegenseitigkeitsverhältnis besteht seit einigen Jahren mit der T. A. und S. T. A. insofern, als Mitglieder der Organisationen zur Arbeitslosen- und Streikunterstützung berechtigt sind, welche Summen von dem Stamverbande zurückerstattet werden. Reist man in die Provinz ab, so muß man bei dem Provinzialsekretär außer seinem vollen Beitrage für die Stammmorganisation noch weitere 5 d pro Woche an die neue Organisation entrichten auf die Dauer von sechs Monaten. Nach Ablauf dieser Zeit muß man den vollen Beitrag zur neuen Organisation bezahlen und die Karenzzeit für die diversen Unterstützungsabteilungen nimmt ihren Anfang. Von nun an bezahlt man 4 d an die alte Organisation, welche die Verpflichtung übernimmt, Streik- oder Arbeitslosenunterstützung für einen zu zahlen, im Falle die Karenzzeit in der neuen Organisation noch nicht abgelaufen ist. Auf die Inalienunterstützung hat dies aber keinen Bezug.

Dies ist sicherlich ein unständlicher Modus, der nebenbei dem Zugereisten ziemlich teuer kommt, da er während zweier Jahre immer an zwei Organisationen bezahlen muß, allerdings an die eine einen ermäßigten Beitrag.

Der Beitrag pro Woche beträgt 1 sh, durch wiederholte Extrasteuer kommt er aber durchschnittlich auf 1 sh 3 d (= 1,25 Mk.) zu stehen. Die Anforderungen an die Society sind nämlich derart gestiegen, daß sie bei einem Betrage von 1 sh pro Woche gar nicht aufrecht erhalten werden können. Anstatt nun eine permanente Steuererhöhung Platz greifen zu lassen, was doch das einzig Richtige wäre, versucht man es durch periodische Steuererhöhungen zu umgehen, lediglich um auf dem Papiere stehen zu haben, daß der Beitrag 1 sh pro Woche beträgt.

Die Karenzzeit zur Arbeitslosenunterstützung in der L. S. of C. beträgt unter 30 Jahren 1 1/2 Jahr und über 30—35 Jahre 2 Jahre

35—40	3
40—45	4
45 Jahre und aufwärts	5 Jahre.

Personen, die beim Eintritt über 40 Jahre alt sind, sind nur zum Bezuge der Streikunterstützung und des Sterbegeldes berechtigt, wofür der Betrag auf 6 d pro Woche reduziert wird, ausgenommen sie haben beim Alter von 45 Jahren bereits 15 Jahre einem anderen anerkannten Verbands angehört. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

-m. **Altenburg.** Die am 17. September in Schmölln abgehaltene Bezirksversammlung war von 140 Mitgliedern aus Altenburg, Schmölln, Öbunz und Luda besucht. Als Gäste wohnten mehrere Kollegen aus Gera und Grimnitzschau derselben bei. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Referat „Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches“ unsers Redakteurs Rezhäuser. Der Vorliegende gedachte zunächst des verstorbenen Kollegen Hans Stenert, welcher sich mehrere Jahre in ungenügender und nachahmender Weise durch Arrangieren unferer feilischen Veranstaltungen und öfteres Mitwirken bei denselben um unsern Verein verdient gemacht hat, wofür wir ihm eine dankbare Erinnerung bewahren werden. Die Versammlung ehrt das Andenken des Kollegen in der üblichen Weise. Aus dem Vorstandserichte sei erwähnt, daß unser Bezirk zurzeit 218 Mitglieder zählt, beschäftigt werden etwa 255 Gehilfen und 67 Lehrlinge. In einzelnen kleineren Druckereien wird die Lehrlingskala nicht ganz eingehalten. Den Referat schlägt die allerdings nicht tarifreue Firma Dnke in Meuselwitz, welche bei einem Gehilfen fünf Lehrlinge ausb.-idbt. Bezüglich der tariflichen Bezahlung kommen leider noch immer Differenzen in der Druckerei von Reinhold Berger in Luda vor. Mit der Gewährung von Ferien sieht es in unserm Bezirke noch recht windig aus, indem nur etwa 25 Gehilfen in Altenburg jährlich in den Genuß solcher treten. In dem hierauf vom Kollegen Rezhäuser gegebenen, oben erwähnten Referate wußte der geschätzte Redner in einem einhalbstündigen Vortrage die Mitglieder zu fesseln, wofür ihm reichlicher Beifall zu Teil wurde. Nach Schluß der Versammlung blieb der größte Teil der Kollegen noch einige Stunden bei einem gelungenen Kommerze vereint. Ein von den in Grimnitzschau vereinigten Mitgliedschaften Grimnitzschau, Werdau und Meerane gefandenes Begrüßungsstelegramm wurde freudig aufgenommen, wofür denselben noch hierdurch bestens gedankt sei.

E. Bremen. Der Bezirksversammlung vom 17. September lag eine ziemlich kurze Tagesordnung vor. Den Hauptpunkt bildete ein Vortrag des Kollegen Miller über die diesjährigen Johannisfestdruckfachen und den Musteranstausch, welche Druckfachen in dieser Versammlung ausgestellt waren. Unter „Bereinsmittlungen“ beschäftigte man sich mit einigen dem Vorstande zur Prüfung überwiegenen Aufnahmegeräten und wurde beschloffen, das des Kollegen Grunwald (Druckerei Klein) so lange zurückzustellen, bis das Tarifamt die Angelegenheit der Druckerei Klein, wofolbst eine neunehnhalfstündige Arbeitszeit besteht, geregelt hat. Klein hat vor kurzer Zeit den Tarif anerkannt, aber auf Feststellung der genannten Kollegen (welcher von seiten des Vorstandes dazu aufgefordert war), die tarifmäßige Arbeitszeit einzuführen, erklärte Klein, daß er auf keinen Fall dieselbe reduzieren werde. Ein weiteres Aufnahmegerät wurde nochmals dem Vorstande überwiegen. Von dem in der Druckerei Humberg beschäftigten Faktore war zwei daselbst tonbittionierenden Kollegen nach Ablauf einer vierwöchigen Arbeitsdauer erklärt worden, daß sie weiter beschäftigt werden könnten, aber ohne Kündigung. Die Kollegen sollten obendrein einen diesbezüglichen Revers unterschreiben. Vom Vorstande auf das laut Tarif Unzulässige seiner Forderung aufmerksam gemacht, erklärte der Faktor, daß die beiden Kollegen — von jetzt an in Kündigung stehend — weiter beschäftigt werden sollten, vom Unterschreiben eines Reverses wurde ebenfalls Abstand genommen. Eine weitere Sache betraf eine andere hiesige Druckerei, wofolbst ein Druckerlehrling ausgebe — istet wird, ohne daß ein Maschinenmeister daselbst beschäftigt ist; der Inhaber selbst ist Lithograph. Der Vorstand wandte sich an den Direktor der hiesigen Gewerksammer, welcher versprach, die Sache zu prüfen und gegebenenfalls für die Regelung der Angelegenheit zu sorgen. In genannter Druckerei wird die von einem Teile der hiesigen Lehrerschaft herausgegebene Zeitung „Der Roland“ gedruckt. Aus dem vom Kollegen Inwobbe gegebenen Kartellberichte sei besonders hervorgehoben, daß daselbe beschloffen hatte, am Ende jeden Halbjahres die Mitgliederlisten von den Gewerkschaften einzufordern und dieselben dann der „Bremer Bürgerzeitung“ abzuliefern, welche die Nichtabonnenten dann an ihre Pflichten der Arbeiterpreise gegenüber erinnern solle. Von allen Diskussionsrednern wurde dieser Weg als durchaus nicht gangbar abgelehnt, da man keinen gewerkschaftlich organisierten zum Abonnement auf die Arbeiterpreise zwingen könne, zumal gerade in der Debatte zum Ausdruck gekommen war, daß man allgemein mit der Richtung des hiesigen Organs nicht einverstanden sei. Denn wer nicht der Meinung der „Bremer Bürgerzeitung“ sei, werde von derselben in verkehrtester Weise angegriffen. Daß bei der letzten Zeitungsagitation nur ein Buchdrucker gewonnen sei, zeige davon, wie sich die hiesigen Kollegen derart Fälle merken, wie auch Angriffe nach Art der „Mannheimer Volksstimme“. Ebenso hatte man in der hiesigen Arbeiterpreise den Kollegen Rezhäuser wieder einmal als Sündenbock vor das Loch gehoben, da man mit zu schwachem Rückgrate dem Nachrichtenartikelschreiber und Arbeitervereinsgründer Percy alias Eijer gegenüber treten mußte. Würde von der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ eine andere Richtung eingeschlagen, dann wären derartige Beschlüsse des Kartells überflüssig. Der Vorsitzende forderte zum Schluß noch mehr als Vertrauensleute auf, für ordnungsgemäßes und gewissenhaftes Ausfüllen der etwaigen Fragebogen Sorge zu tragen zu wollen und dieselben auf jeden Fall an den Vorstand abzuliefern. Ferner teilte derselbe mit, daß in der Oktoberversammlung ein Vortrag des Herrn Pastor Kalthoff über „Nüchtern im Kampfe gegen die Moral“ in Aussicht stehe und erjuchte die Kollegen, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Breslau. (Verein der Stereotypen, S. Schriftgießer und Galvanoplastiker.) In der am 10. September abgehaltenen Mitgliederversammlung stand als erster Punkt ein Vortrag auf der Tagesordnung. Der Referent, Kollege Redakteur Klübs, sprach über: „Verschmelzung resp. Verschlechterung der Arbeiterversicherung und Krankenkassen“. An der Hand zahlreicher Beweise entledigte sich derselbe seiner dankenswerten Aufgabe. Zum Schluß seines einhalbstündigen, beifällig aufgenommenen Vortrages wurde ihm von seiten der Mitglieder reichlich Beifall gezollt. Leider war der Besuch nicht dem Vortrage entsprechend. Ein zweiter wichtiger Punkt betraf die Verhütung des Diebstahls. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß man sein Hauptaugenmerk darauf richtet. Einige Firmen werfen sich mit Virtuosität auf die Ausübung von Lehrlingen; es wäre weniger einzuwenden, wenn diese Betriebe wenigstens leistungsfähig wären, aber so ist es vorgekommen, daß Lehrlinge bei der Prüfung kaum das Prädikat „Befriedigend“ erhielten, sogar „Unzulänglich“ ist keine Seltenheit. Wie eine derartige „Ausbildung“ wirken muß, beweist, daß die meisten solcher Art gelehrten Gehilfen es vorziehen, als Hausdiener, Arbeiter usw. zu gehen, um uns bei Lohnstreitigkeiten dann in den Rücken zu fallen. Zum dritten Punkte: „Bericht der Revisoren“, konnte konstatiert werden, daß alles in bester Ordnung sei. Unter dem vierten Punkte: „Verschiedenes“, tauchten einige interne Sachen zur Sprache; unter andern wurde bedauert, daß die Stereotypenvereinsleitung Nordbayerns das Vikariat aufgegeben habe. Nachdem darüber lebhaft diskutiert, wurde der Beschluß gefaßt: „Nach dem 1. Oktober 1905 zureichende Kollegen Nordbayerns bis zur Aufhebung dieses zu Unrecht gefaßten Beschlusses unterseits nicht zu unterstützen“.

F. C. Duisburg. Unsere letzte Monatsversammlung war außerordentlich stark besucht, denn nach der Tagesordnung zu rechnen, war „sich was los“, wie man hierzulande sagt. Ob nun jeder das gefunden hat, was er suchte, kann ich nicht sagen. Die Hauptpunkte der Tagesordnung seien im nachfolgenden kurz behandelt. Da war zuerst die Neuwahl des ersten Vorsitzenden vorzunehmen. Kollege Berndt, der bisherige Vereinsleiter, scheidet von hier, nachdem er erst seit einigen Monaten das Amt inne hatte. Sein Nachfolger wird Kollege Anton Auweiler. Dann wurde die ominöse Straßenbahnfahrplanangelegenheit behandelt, die auch wohl die Haupttriebfeder des starken Versammlungsbesuches war. Die Sache wurde ja schon in Nr. 96 des „Corr.“ ausführlich behandelt und hat allenfalls in Verbandskreisen (auch das Organ der Straßenbahner, „Der Kourier“, brachte den Artikel) berechtigtes Aufsehen erregt. Der Erfolg des Artikels war, soweit er die beiden Kollegen betrifft, ein günstiger. Kollege Willy Heßler legte direkt sein „Schaffneramt“ nieder, er schied also für die Versammlung aus, die sich somit nur noch mit dem Kollegen Wils. Scheuten zu befassen hatte. Derselbe erklärte der Versammlung, weshalb er dem Beispiele Heßlers nicht folgen konnte. Er hätte, im Gegenzuge zu H., bereits einen Halbjahresvertrag mit der Gesellschaft abgeschlossen, dessen Bruch den Verlust seiner gestellten Kaution nach sich zöge. Er bat die Versammlung, ihm bis zum Ablauf des Kontrattes (31. Dezember 1905) das Fahren noch zu gestatten. Da sich die Wahrheit des Vorgebrachten ergab, und man den Kollegen finanziell nicht schädigen wollte, kam man nach längerer Debatte dahin, der Bitte zu entsprechen; machte Sch. aber darauf aufmerksam, daß ein Ueberfahren der Frist unabsichtlich mit Ausschluß geahndet würde. Somit wäre also die Angelegenheit vorläufig erledigt. Eine längere, fast einhalbstündige Debatte befaßte sich mit dem Antrage Fisch, die Gräber heimatischer geforbener Verbandskollegen im Stande zu halten. Allgemein wurde der Antrag warm begrüßt, nannte ihn vom Standpunkte der Humanität und Pietät hochwillkommen, äußerte aber prinzipielle Bedenken gegen ihn. Es sei etwas ganz neues, noch nie habe man im „Corr.“ oder in Versammlungen die Materie behandelt gesehen. Hier sei es schwer, gleich etwas Erprobliches zu schaffen, da Erfahrungen fehlten. Leicht könnte man das Gute, das der Antrag wolle, ins Gegenteil verwandeln. Man erjuchte den Antragsteller, die Sache zurückzuziehen, bis sich Stimmen zu seinem die Gräberfrage behandelnden Artikel geäußert hätten, denn man setze als bestimmt voraus, daß die humane Anregung auch anderswo freundlichen Widerhall fände. Aus dem dann zusammenkommenden Materiale ließe sich eher etwas Annehmbareres und Gutes schaffen. Im Interesse der guten Entwicklung der Sache, die ihm sehr am Herzen läge, erklärte sich Kollege Fisch mit der vorläufigen Vertagung seines Antrages einverstanden. Es wurde weiter beschloffen, mit dem Gesangvereine „Graphia“ zusammen das Winter- bzw. Stiftungsfest zu begehen. Nachdem man noch zum Schluß dem scheidenden Vorsitzenden den Dank für seine Amtsführung ausgesprochen und derselbe in kurzen, herzlichen Worten gedankt, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Göttingen. Am 18. September fanden sich eine Anzahl Kollegen im Vereinslokale zusammen, um über die Gründung eines Gesangvereins Aussprache zu halten. Von sämtlichen anwesenden Kollegen wurde dann beschloffen, einen Gesangverein zu gründen und erhielt derselbe den Namen „Vierteltel Gutenbergs“. Die am 23. September abgehaltene Stimmenprobe zeigte trotz der vorher gehegten Befürchtungen ein gutes Resultat. An alle noch fernstehenden jangeschäftigen Kollegen aber ergeht das Erjuchen, dem Vereine beizutreten und dadurch denselben in seinem Bestreben der Pflege der Kollegialität und des Gesanges kräftigst zu unterstützen. Auch an unsere Brudervereine richten wir die freundliche Bitte, uns dadurch zu helfen, daß sie uns etwa überflüssige Partituren zukommen lassen; Kollege G. Sehnert, Lange Greifswalderstraße 12, II, nimmt dieselben dankend an.

G. Halle a. S. In der am 16. September abgehaltene Monatsversammlung war nur von 70 Mitgliedern besucht, welches dem Vorsitzenden Veranlassung gab, seine Mißbilligung darüber auszusprechen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls wurden zwei Kollegen in den Verband aufgenommen, obwohl gegen den einen einige Monita wegen seines kollegialen Verhaltens gemacht wurden. Hierauf be sprach Kollege Löschke in eingehender Weise die diesjährigen Johannisfestdruckfachen. Den Schluß seiner Ausführungen benutzte der Redner, darauf hinzuweisen, daß auch die Zeit kommen werde, wo es der Verband als seine Pflicht erachten wird, für die technische Weiterbildung seiner Mitglieder Sorge zu tragen, denn mit einer technisch gut ausgebildeten Kollegenschaft könnte man den Prinzipalen bei Erringung von Forderungen viel eher imponieren. Kollege Löschke verwies deshalb noch auf die hier bestehende Graphische Vereinigung, wünschend, daß derselben mehr Interesse entgegengebracht werde, denn durch regere Anteilnahme seitens der Mitglieder könnte sich dieselbe auch größere Aufgaben stellen. Sodann wurde bekannt gegeben, daß für die Bibliothek das auch im „Corr.“ warm empfohlene Werk „Das goldene Buch der Lebensweisheit“ angeschafft worden sei. Da Kollege Mattheis von hier abgereist ist, wurde Kollege Klotz als Krankenbesucher gewählt. Des weitern wurde die Gründung einer neuen Druckerei zur Sprache gebracht, wobei als Kuriosum erwähnt ward, daß die dort beschäftigte Einlegerin zu gleicher Zeit auch die technische

Leiterin vorstellt, da die beiden Firmeninhaber selbst keine Fachleute sind. Der eine ist nebenbei gesagt Kneipier, parodon Restaurateur, und der andre Kaufmann. Der Vorstand wurde beauftragt, die Druckerei im Auge zu behalten. Zum Schluß brachte der Gehilfenvertreter König ein Zirkular zur Verlesung, welches sich mit der Benutzung d. s. paritätischen Arbeitsnachweises beschäftigt; selbiges wird er an alle tariffreien Prinzipale im Regierungsbezirk Merseburg versenden.

st. Magdeburg. (Maschinenmeisterverein.) Alle in diesem Jahre abgehaltenen Monatsversammlungen hatten sich erfreulichweise eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen. Am 16. September waren von kurzest 62 Mitgliedern 41 in der Versammlung erschienen. Kollege Kräfte-Berlin hatte es sich nicht nehmen lassen, den einundviertelstündigen Aufenthalt, den er hier auf einer Fahrt nach Hannover hatte, zu einem einstündigen Referate in der Versammlung zu benutzen. Das Thema lautete: „Die Aufgaben des deutschen Maschinenmeisterkongresses 1906.“ An der Hand von ziffernmäßigen Material wies Kollege Kräfte nach, daß die Arbeitslosigkeit unter den Druckern prozentual bedeutend größer sei als unter den Segeerkollegen. Von einem zum andern Tarifabschlusse habe sich unsre Lage verschlechtert. Auf die Ursachen dieser traurigen Erscheinung näher eingehend, schilderte Redner den Fortschritt in der Vervollkommnung der Buchdruckmaschinen in den letzten zehn Jahren. Die 16-, 32-, 48seitigen Zeitungs-, Variable- und Mehrfarbenrotationsmaschinen, die heute in Betrieb sind, leisten gegenüber der Schnellpresse bis zum 18fachen mehr; hinzu kommen auch noch die Zweitouren-, Schwinger- und Autotypmaschinen riesigen Formates. Die Anforderungen an den Drucker seien gestiegen, aber die Löhne sind dieselben geblieben. Das Bedienen mehrerer Maschinen und das Ueberfordern desselben trage auch viel mit zur Vergrößerung der Arbeitslosenzahl bei. Ueberhäufung von Arbeit könnte durch fliegende Maschinenmeister und event. durch Schichtwechsel abgeholfen werden. Zur tariflich festgelegten Druckerlehrlingskala übergehend, bemerkte Redner, daß dieselbe seit 1886 besteht. Unser Bestreben muß sein, daß diese veraltete, nicht mehr zeitgemäße Skala zum mindesten der der Segeerkollegen gleichgestellt werde. Lediglich dem Indifferenzismus der Drucker sei es zuzuschreiben, daß bei den früheren Tarifabschlüssen hierin noch kein Wandel geschaffen ist. Bis in die 80er Jahre hätten sich die Drucker noch größtenteils von der Organisation fern gehalten. Weiter führte Redner an, daß prozentual mehr Drucker als Segeerkollegen vorhanden seien und hierdurch wiederum der Arbeitsmarkt überfüllt werde. Auch die Hilfsarbeiter in den Großstädten, namentlich in Berlin und Hannover, machen uns zu schaffen, indem sie die Tiegeldruckpresse für sich beanspruchen. Sogar bei Einführung des selbsttätigen Anlageapparates war es wegen der Bedienung zu Streitigkeiten. Das Vorwärtsstreben der Hilfsarbeiter sei anzuerkennen, aber es dürfte nicht auf Kosten derjenigen Arbeiter geschehen, welche eine vier- bis fünfjährige Lehrgzeit durchzumachen haben und dann zugunsten der minderbezahlten Hilfsarbeiter auf die Straße fliegen. Bei der nächsten Tarifverbarung müsse festgelegt werden, daß Buchdruckmaschinen, hierzu gehören auch die Tiegeldruckpressen, nur von geübten Arbeitern zu bedienen sind. Der bevorstehende Maschinenmeisterkongress sei berufen, alle angeführten Mißstände zu besprechen und Material zu sammeln, damit unsere Vertreter bei der nächsten Tarifverbarung für die Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände eintreten können. Der Vortrag wurde beifällig von den Versammelten aufgenommen und nach Erledigung einiger Interna die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Ueber das einstweilige Ergebnis der wiederaufgenommenen Tarifverhandlungen in Oesterreich wird uns geschrieben: Das über Einladung des Tarifamtes neuerlich am 24. September zusammengetretene Tarifkomitee hat am 24. und 25. September getagt und ist es gelungen, in der Sekmaschinefrage eine Einigung zu erzielen in dem Sinne, daß bei Einführung neuer Systeme von Sekma Maschinen dem Tarifante die Pflicht obliegt, über Ansuchen auch nur einer der beiden vertragsschließenden Parteien innerhalb vier Wochen die beiden Verbandspräsidenten zu einer Beratung zum Zwecke der Tarifierung einzuberufen. Im weitern ist bezüglich der Bestimmungen für die Maschinenmeister und Drucker, welche nach den Normen für den Maschinenfabrik die bedeutendsten Differenzpunkte bildeten, eine Annäherung gefunden worden.

Wichtig für unsere Verbandsfunktionäre ist eine Neuerung, die im Einverständnis mit dem Zentralvorstande am 1. Oktober dieses Jahres im „Corr.“ zur Einführung kommt. Nach untenstehendem Beispiele werden wir regelmäßig einen Versammlungskalender unter der Rubrik „Verbandsnachrichten“ bringen, der für die Zwecke unseres Vereinslebens, wie sie in der nachfolgenden fungierten Veröffentlichung fixiert sind, allen Verbandsvereinen für den jeweiligen Zweck einmal, und zwar kostenfrei, zur Verfügung steht. Allerdings nur in der angegebener knappen Form, denn jedwede Erweiterung von Tagesordnungspunkten, Referenten, Aufforderungen zu

zahlreichem Besuche usw. sind im Verfallungs-
kalender unzulässig. Wenn solche Erweiterungen nötig
erscheinen, muß nach wie vor der Zusatzartikel gegen
Berechnung benutzt werden. Es sei hierbei darauf auf-
merksam gemacht, daß die jetzt übliche Berechnung der
Zinse in den Anschlägen an in Frage stehende Minderung
insofern eine Korrektur erfährt, als — genau dem
Beschlusse der Berliner Generalversammlung (1891) ent-
sprechend — nur Verfallungs- und Arbeits-
gesuchsanzeigen sowie Stellenangebote zu dem
Vorzugspreise von 10 Pf. pro einpaltige Zeile Aufnahme
finden, für alle übrigen Zinseate kommt die Zeile
mit 25 Pf. in Anrechnung. Was in dem Verfallungs-
kalender verbrieflicht werden soll, muß nicht nur
ausdrücklich für denselben bestimmt werden, sondern auch
in der stizierten Fassung gehalten sein, andernfalls
zusammengeschrieben wird. Einwendungen für den Verfallungs-
kalender müssen stets am Dienstag, Donnerst-
tag und Sonnabend morgen für die betreffende nächste
Nummer in unseren Händen sein und bis an die Ge-
schäftsstelle des „Corr.“ (Konrad Eichler) zu richten,
ebenso die sonstigen Verbandsnachrichten, Zinseate, Abonne-
mentsangelegenheiten und Gebildungen. Alle übrigen
Zuschriften sind an die Redaktion zu adressieren. Ferner
werden wir darauf aufmerksam, daß das Ergebnis von
Vorstandswohnen unter „Verbandsnachrichten“ sich nur
auf die Bekanntgabe der Personen und deren Adressen
für den Vorsitzenden und Kassiererposten beziehen darf.
Nachstehend nun eine Probeveröffentlichung:

Verfallungskalender.

- Sonn.** Bezirksversammlung am 8. Oktober in Neuwied.
Anträge sind bis 1. Oktober an den Vorsitzenden Th.
Waldus, Bonn-Ab., Burggartenstraße 14, einzuweisen.
- Freitag.** Bezirksversammlung am 2. Sep-
tember, nachmittags 3 Uhr, in Wolfenbüttel, Restaurant
„Zum Posthorn“, Alter Weg.
- Sonnt.** Bezirksversammlung am 6. September, 8 1/2 Uhr
abends, in „Gewerkschaftshaus“, Engelcluser 15.
- Freitag.** Verfallung der Gaunitglieder am
2. September, 8 1/2 Uhr abends, in große Saale des
„Wolfsbaus“.
- Auerbach 1. V.** Allgemeine Verfallung am 10. Sep-
tember, 11 Uhr vormittags, in der „Zentralhalle“.
- Hamburg-Altona.** Verfallung der Waldsamen-
meister am 9. September, 9 Uhr abends, im Vereins-
lokale, Glockenmarkt 50.
- Hamburg-Altona.** Verfallung am 13. September,
9 Uhr abends, im Vereinslokale, Mischstraße 46.
- Essen (Ruhr).** Die Bibliothek bleibt der zu veranstaltenden
Druckausstellung wegen am nächsten Sonntag
geschlossen.

Ferien! In München bewilligte die Akademische Buch-
drucker G. M. Straub ihrem Personale einen Urlaub
von drei Tagen nach einer Tätigkeit von fünf Jahren.

Wegen des Verdachtes der Landstreicherei ver-
haftet und in Ketten geschlossen nach dem nächsten
Amtsgerichtsgefängnis transportiert wurden in dem Dorfe
Kemmath (Oberfranken) am 16. September zwei reisende
Mitglieder unsers Verbandes. Obwohl dieselben dem
Eindarmen nachwiesen, daß sie noch auf lange Zeit
unterstützungsberechtigt seien, wurde die Verhaftung voll-
zogen und gerichtlich bis zum 23. September aufrecht
erhalten, denn auch das Amtsgericht in Neumburg v. W.
legte der Ausweisung durch das Verbandsbuch keine Bedeutung
bei, sondern entschloß sich erst dann zur Haftaufhebung,
als der bayerische Gauvorstand den Haftstrafen bestätigte
hatte, daß sie Mitglieder unsers Verbandes und unter-
stützungsberechtigt seien. Da die bayerische Regierung
unter dem 2. November 1898 eine Verfügung erlassen
hat, welche bestimmt, daß reisende und unterstützungs-
berechtigte Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buch-
drucker nicht als Landstreicher im Sinne des § 361 Abs. 3
des Strafgesetzbuches zu betrachten seien, so hat der Gau-
vorstand seine Befugnisse überschritten und dies noch weiter
durch die rücksichtslose Schließung der beiden Kollegen,
an deren Armen noch nach acht Tagen die Spuren der
Schlieffette sichtbar waren. Wegen eine solche Behandlung
reisender Kollegen müssen die betreffenden Gauvorstände
energisch bei der Regierung protestieren, der Fall soll auch
noch in bayerischen Landtage zur Sprache gebracht werden.

Das Ergebnis einer am 13. September zusammen-
getretenen Konferenz von Vertretern des Deutschen Buch-
druckervereins und der Vereinigung Deutscher Schrift-
setzereibesitzer ist die Schaffung einer deutschen Normal-
schriftlinie auf der Grundlage der feinen Bierschrift-
linie mit 1 1/2 Punkt Bildstärke. Eine bestimmte Frist zur
Durchführung der einheitlichen Schriftlinie festzusetzen, er-
achtete die Kommission für unmöglich. Die Gesetzer-
besitzer wollen aber nach Kräften auf deren schnelle Ein-
führung hinwirken; neue Schriften sollen fortan nach der
deutschen Normalchriftlinie geschnitten und Neuverrich-
tungen soweit als möglich nach diesem einheitlichen Systeme
geliefert werden. Damit wäre nun der Krieg um die
Einheitschriftlinie beendet; den Vorteil davon haben auch
unsere Setzerkollegen, denn die Kartenschnipperei wird
dadurch ganz wesentlich eingeschränkt.

Der Verband der Typographischen Gesell-
schaften besteht nunmehr zwei Jahre. Er hat es in
diesem Zeitraum auf 49 angeschlossene Vereine gebracht,
die rund 3000 Mitglieder zählen.

Die Ortskrankenkasse für Buchdrucker in
Halle a. S., gegründet im Jahre 1785, lebte die Vor-
lage des dortigen Magistrats auf Zentralisation der
Halle'schen Ortskrankenkassen ab, weil bei dieser Verschmel-
zung die Mitglieder schlechter fahren würden als jetzt.

Ein teurer Vorlauf war es, den der Setzer Hein-
rich Fröh von dem Buchdruckerbesitzer Wolf in Brückenau

(Unterfranken) in der Höhe von 20 Mk. entnahm, denn
er brachte ihm fünf Monate Staatspension ein. Fröh
hat wegen anderer Schwindelen noch diverse Monate
„süß“.

In der Rolle als Einbrecher erprobten sich zwei
Setzer aus Hörter. Ihr Debit galt dem Ratsteller in
Holzminde, aus dem sie etwa Tausend Zigarren, Geware
und andere Sachen schleppten. Welches Honorar für diese
Leistung ausgeschrieben wird, werden wir später melden.

Wegen Erbschwindels von Zinseategebern,
welche Wandover in etwa 25 Orten ausübte, wurde
der Kaufmann Kerfort vom Landgerichte in Zwidau zu
drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein Verwendung von besserem Papiere für
die Telegrammformulare tritt von nächsten Monate
ab ein. Das bisher benutzte war zu rauh und löch-
papierartig, die Schrift lief meistens zusammen, wodurch
dann Telegrammverstimmungen entstanden. Nunmehr
wird gelbes, glattes Papier genommen.

Nach einem auf der in Bremen abgehaltenen Kon-
ferenz der Unternehmerarbeitsnachweise gehaltenen
Vortrage wären in Deutschland 719 Arbeitsnach-
weisstellen in Tätigkeit. Diese Zahl ist gewiss zu niedrig,
doch nehmen wir sie einmal als Tatsache hin. 246 Nach-
weise wären danach reine Unternehmerarbeitsnachweise,
dann folgen die kommunalen mit 185, die Gewerkschafts-
nachweise mit 177; 38 weitere sind von Kommunen und Kreisen
errichtet, 53 sind gemeinnützige Schöpfungen und nur
20 zählen als paritätische. Ziehen wir in Betracht, daß
unsre Tarvigemeinschaft allein über 45 paritätische Arbeits-
nachweise verfügt, so ist die Minderzahl der Angaben
über die paritätischen Nachweise genügend dargetan. Aus
dieser Aufzählung ergibt sich nun, daß die Unternehme-
rarnachweise, die für die Arbeiter nichts anderes als eine
Zuchtrute sein sollen, noch überwiegen. Auf der Bremer
Konferenz ließen die Unternehmer keinen Zweifel
aufkommen, daß die Stärkung der Arbeitgeberposition am
besten durch die Arbeitsnachweisstellen der Unternehme-
rervereinigungen zu erreichen sei. Die erfolgreichen Schaden-
ertragsproseje vor ausgesperrten und von der Arbeits-
vermittlung ausgeschlossenen Arbeitern seien jedoch den
Scharfmacherverbänden wie ein Pfahl im Fleische, und
daß sie über das bekannte Reichsgerichtsurteil gegen die
Eingehölzer Keuling & Thomas in Berlin ganz despektierlich
reden, läßt sich leicht denken. Angefichts dessen, daß es
bereits über 1330 Unternehmervereinigungen in Deutsch-
land gibt — im polygraphischen Gewerbe 94 — aber nur
246 Unternehmerarbeitsnachweise, kann man getrost sagen,
daß auch bei den Arbeitgeberern nicht die Bäume in den Him-
mel wachsen.

Obwohl unser sozialpolitischer Mitarbeiter die Frage
der Entschädigungspflicht für solche Unfälle im
Betriebe, die auf das Konto der selbstgeschaffenen
Gefahren zu setzen sind, schon mehrfach be-
handelt hat, sei an einem konkreten Beispiele nochmals
gezeigt, wann für Betriebsunfälle keine Entschädigung ge-
fordert werden kann. Den Arbeiterinnen einer Fabrik
war es wiederholt verboten worden, die in den Fabrik-
räumen befindliche Heizungsanlage zum Wärmen von
Kaffee oder Speisen zu benutzen. Diesem Verbot ent-
gegen begab sich eine Arbeiterin eine Zeitlang jeden Nach-
mittag in einen unbeaufsichtigten Raum, wo sie für sich
und mehrere Mitarbeiterinnen an den daselbst angebrachten
Heizapparaten Kaffee wärmte. Eines Tages kam sie dabei auf
den dort liegenden Latzen zu Falle, wodurch sie sich eine
schmerzhafte Verletzung zuzog. Die Berufsgenossenschaft
weigerte sich, der Verletzten die geforderte Entschädigung
zu gewähren und in demselben Sinne hat auch das säch-
sische Landesversicherungsamt erkannt. Zweifellos habe
sich der Unfall nicht „beim Betriebe“ ereignet, denn nur
dann könnte das Kaffeewärmen als zum Betriebe gehörig
angesehen werden, wenn irgendwelcher Zusammenhang
mit dem Betriebe dabei bestanden hätte; z. B. wenn es
im Betriebsinteresse gelegen hätte, daß die Fabrik-
arbeiterinnen ihren Nachmittagskaffee in der Fabrik ohne
Unterbrechung der Arbeitszeit einnehmen. Ein solcher
Zusammenhang bestand im vorliegenden Falle jedoch nicht,
zumal den Arbeiterinnen ausdrücklich verboten war, den
Kaffee in der Fabrik zu wärmen, und überdies die meisten
Arbeiterinnen der Fabrik außerhalb der Arbeitsstätte ihren
Kaffee einnahmen. Ein Arbeiter aber, der zu eigen-
wirtschaftlichen Zwecken Teile des Betriebes aufsucht,
in denen er vermöge seiner Betriebsstätigkeit nichts zu
tun hat und hierbei verunglückt, erleidet keinen Unfall
„beim Betriebe“, verfallt vielmehr selbstgeschaffenen
Gefahren, für deren Folgen er eine Entschädigung nicht
fordern kann.

Die Entrüstung über den Fleischwucher be-
mächtigt sich immer weiterer Kreise. Sogar ein Bundes-
staat, nämlich Preußen, hat gegen die preussische Regierung
Stellung genommen, indem er die Petition des Geraer
Stadtrates dem Bundesrate mit dem Buntgeißel übermittelte,
der Petition um Öffnung der Grenzen nachzutommen. In
Baden hat kürzlich eine Konferenz sämtlicher Oberbürger-
meister des Landes stattgefunden. Es wurde eine Kommission
gewählt, welche bei der badischen Regierung dahin wirken
soll, daß dieselbe beim Bundesrate die Öffnung der
Grenzen verlangt. Bemerkenswert ist die Petition des
Rates der Stadt Leipzig an die sächsische Regierung.
Eine halbjährige Abhilfe der Fleischnot sei dringend geboten,
bis auf weiteres müßten alle die Einfuhr fremden Viehes
verhindernde Maßnahmen unterbleiben. Auch die Preise
für alle sonstigen animalischen Lebensmittel wären in
folge der Fleischsteuerung nicht unwesentlich gestiegen.

Wörtlich heißt es: „Es bedarf keines besondern Hinweises,
daß die infolge des geringen Fleischverbrauches entretende
schlechtere Ernährung des Volkes große Ge-
fahren in sich birgt“. Auch die Kundgebung der
Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft ist sehr beachtens-
wert. Wir entnehmen derselben folgende Sätze: „Da
die Arbeiterbevölkerung von der Teuerung des
Fleisches am schwersten betroffen wird, ist damit
eine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit
unsrer Industrie auf dem Weltmarkte gegeben,
während anderseits nicht die Konsumfähigkeit des Ar-
beiters für andere Nahrungsmittel, Kleidung, Haus-
haltungsgegenstände usw. herabgesetzt wird, was auch für
diese Industriezweige und die mit diesen Artikeln Handel
treibende Kaufmannschaft eine schwere Schädigung bedeutet.
Diese für das deutsche Wirtschaftsleben überaus
bedenkliche Situation wird nun, wenn nicht schneu-
nigst seitens der Regierung Anordnungen für die Mög-
lichkeit einer größeren Einfuhr von gejuntem ausländischen
Vieh und Fleisch getroffen werden, im kommenden Früh-
jahre, wenn die neuen, erhöhten Zölle auf Vieh und
Fleisch in Kraft treten werden, eine Verschärfung erfahren,
deren Folgen von einschneidender Bedeutung
sein werden. In Breslau, wo die Hälfte der Stadt-
verordneten der konservativen Partei angehört, ist vom
Magistrate und der Stadtverordnetenversammlung ein-
mütig der Beschluß gefaßt worden, bei der Regierung um
eine Erleichterung der Vieheinfuhr einzukommen. Die
Stadtvertretungen von Pieselsfeld, Erfurt, Magdeburg und
anderen Orten haben in der letzten Zeit das gleiche Vor-
gehen beschloffen. In Magdeburg, wo die Fleischsteuerung
noch am wenigsten jähbar ist gegen die anderen Groß-
städte, hat die Bevölkerung in dem letzten halben Jahre
1799010,60 Mk. mehr für den Fleischkonsum ausgeben
müssen. Die Stadtverwaltung von Solingen faufte zur
Linderung der Fleischnot 5000 Kilogramm Seefische, die
in der Markthalle von der Stadt zum Selbstkostenpreise
verkauft wurden. Dieser Versuch soll öfters wiederholt
werden. Dieses Experiment ist auch anderen Orten zu
empfehlen, denn die Fleischpreise sind auch im
September noch weiter gestiegen! Ueber die Ur-
sachen der Fleischsteuerung hat sich die „Allgemeine
Fleischzeitung“ nun auch bei sämtlichen Direktoren der
860 öffentlichen Schlachthöfe informiert. Allgemein wird
über einen Mangel an Schlachtvieh, besonders an
Schweinen, sowie über den Niedgang an Qualität und
Gewicht geklagt. Neben der Erleichterung der Einfuhr
ausländischen Schlachtviehes werden die Aufhebung der
Zölle für Futtermittel und die Herabsetzung der Zölle für
Schlachtvieh als Mittel zur Abhilfe bezeichnet. Im
Oktober will die Regierung die Ergebnisse ihrer Enquete
bekannt geben; man darf begierig sein, was da heraus-
kommt und was dann wird. Vielleicht gibt God, der auch
lieber einen guten Freund als einen Wig verliert, dann
den Rat, das Volk solle sich über den Zgel hermachen,
der jetzt schon in der Soester Gegend regelrecht gejagt
wird, und dessen Fleisch als ebenso schmackhaft wie das
Kalbfleisch bezeichnet wird.

Die diesjährigen Ernteaussichten besprechen
wir in einer Notiz der Nr. 102. Die in derselben zum
Ausdruck gebrachte Meinung, daß Deutschland im Jahre
1905 eine recht gute Mittelernte haben werde, kann nach
den neuesten Berichten des Statistischen Amtes nicht ganz
aufrecht erhalten werden. Der Stand der Futtermittel
hat sich wohl weiter gebessert, die Kartoffeln zeigten indes
Verschlechterung. Die noch zu erntenden frühen Kartoffeln
sind vielfach von Fäulnis befallen; es waren sogar Krank-
heitsziffern bis zu 60 Proz. zu verzeichnen. Trotzdem
bleiben, nach den amtlichen Mitteilungen, die Aussichten
der diesjährigen Kartoffelernte gegen die Vorjahre gute.
Da die Futterpflanzen so ertragreich gewesen sind wie
seit langen Jahren nicht, so müssen die Agrarier sich bei-
zeitig auf eine neue Ausbreitung für ihre Auspöberungs-
praktiken befinden. Weil nach den vom ungarischen Acker-
bauministerium vorgenommenen Schätzungen der Welt-
ernte die europäischen Länder aber mit einem Minde-
ertrage zu rechnen haben, der Einfuhrbedarf Europas
also mehr auf die überseeischen Staaten angewiesen ist, so
kann das Ergebnis der deutschen Ernte leider nicht die
eigentlich zu erwartende Minderwirkung haben.

Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie
entbrennt auf der ganzen Linie. Die 500 Ausständigen,
welchen die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung
der von den Gesellschaften gemachten Zugagen überlassen
war, lehnten trotz Bestürmung der Vertreter der be-
teiligten Organisationen die Wiederaufnahme der Arbeit
ab. Diese ablehnende Haltung beantwortete die Unter-
nehmervereinigung mit der Erklärung, daß am 30. Sep-
tember noch sieben Werke still gelegt würden, womit dann
33 000 Arbeiter ausgesperrt wären. Die Arbeiter in
den Londoner Filialen dieser Gesellschaften wollen in
einen Sympathiestreik für ihre deutschen Kollegen ein-
treten. Es wird gesagt, die Mißstände und Verdrückungen
in den von Ausländern betroffenen beiden Betriebsstätten
seien derart, daß das materielle Angebot der Gesell-
schaften allein nicht ausreichend wäre. — Die in der
Gyps- und Zementbranche beschäftigten Maurer in
Berlin stehen vor dem Streik. Die Unternehmer lehnten
einen Tarifabschluß für das nächste Jahr ab und suchen
nun überall Arbeitskräfte. — In Marktsaßstadt ist ein
Streik der Kürschner ausgebrochen.

In Kopenhagen haben die Zimmerer und
Schneidmüller in den Dampfmaschinenmühlen die Ar-
beit eingestellt.

